

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 30. Juli 1924.

Nr. 178.

## Unsere Kundgebungen.

Nun nach Einlangen aller Berichte über unsere Antikriegskundgebungen, die eine genaue Uebersicht ergeben, können wir mit Stolz und Freude sagen, daß ihr Verlauf ein alle Erwartungen übertreffend guter war. Die Teilnehmerzahl und ebenso die Stimmung der Versammlungen erinnerte an die besten Zeiten des Aufstieges der Arbeiterbewegung, da die Kommunisten noch nicht ihr zerstörerisches Begonnen hatten. Die Sozialdemokratie hatte gerufen und überall folgten die Arbeiter und Arbeiterinnen in Massen dem Rufe, den aus dem unauslöschlichen Mitleiden des Weltkrieges geborenen ehernen Willen zu bekunden, die Wiederkehr einer ähnlichen glorreichen Zeit zu verhindern, da die von skrupellosen Verbrechern in Gang gesetzte Kriegsmaschine verheerend über die europäische Menschheit dahinraufen durfte. Man hätte an der Fähigkeit der Menschen, aus bitteren Erfahrungen zu lernen, verzweifeln müssen, wenn die Arbeiter, welche die unermessbar größten Opfer dem Kriege bringen mußten, die Kampfpforte „Nie wieder Krieg“ nicht aufgerollt hätte und wenn schon jetzt, wenige Jahre nach Beendigung des Weltkriegens, das Vergessen, die Erinnerung an die grauenvollen Jahre, da die Völker sich töteten, da sie hungerten und verfaulen, ausgelöscht hätte. Die Massenbeteiligung an unseren Kundgebungen hat bewiesen, daß in der Arbeiterklasse der Abscheu vor dem Kriege mit seiner Häufung von Blut, Tod, Seuche, Lüge, Not, Gemeinheit und Hier ebenso lebendig ist, wie der entschlossene Wille, zu verhindern, daß die Völker noch einmal in eine solche Katastrophe geirrt werden. Die Demonstrationen die in hunderten Orten und Städten aufmarschierten, legten aber durch ihre Teilnahme an den Manifestationen nicht nur das Gelübnis ab, Krieg gegen den Krieg und seine Schürer zu führen, ihre Teilnahme war auch das Bekenntnis zum Sozialismus, genauer gesagt zur Sozialdemokratie, in der sie mit Recht den stärksten Friedensfaktor erblicken, und es war eine Mahnung an die Akteure der Reaktion, die überall darauf ausgehen, dem Volke wieder das Joch der Hörigkeit aufzuerlegen. Die Kundgebungen haben auch bewiesen, daß auch bei jenen Arbeitern, die infolge der kommunistischen Zerstörungsarbeit verwirrt und verbittert abseits standen, das Vertrauen und der Glaube an die Sozialdemokratie zurückkehrt und die Massen der alte Kampfgeist und hingebungsvolle Begeisterung für die Partei wieder erfaßt hat.

Es hat wahrhaftig an Versuchen nicht gefehlt, die Antikriegskundgebungen, bei denen das Kraftbewußtsein unserer Partei so sichtbar zutage trat, zu schwächen und zu schwächen. Deutschnationale, Christlichsoziale und Agrarier, die alle mitgeholfen hatten, das blutige Schandregiment aufzurichten und Elend und Unglück über das Volk zu bringen, hat die Auffrischung der Erinnerung an ihre Kriegshege, an ihre Durchhalte- und Siegfriedenspolitik schmerzhaft betroffen und sie suchten, um ihre nie zu vergehenden Sünden vergessen zu machen, den Spieß umzudrehen, indem sie lügenhaft und unverschämten, die Sozialdemokratie nachzuweisen suchten, auch sie wäre für den Krieg gewesen. Diese Albernheit war nur imstande, Gelächter und Mitleid zu erwecken. Damit dieser Kniff eine Wirkung erzielen, hätte nicht das lebende Geschlecht mitleiden müssen, wie diese ehedem bis auf die Knochen schwarzgelbe Gesellschaft schon Jahre vor dem Kriege ihre ruchlose Hege begann und wie sie die Sozialdemokratie sowie deren Presse anpöbelte und beschimpfte, weil diese für die Erhaltung des Friedens wirkten und sich gegen die Kriegshege stemmten. Man mußte nicht wissen, wie nach dem Attentat auf den Erzherzog Franz Ferdinand die ganze deutsch-nationale und christlichsoziale Presse wie wetteifernde, um in der Bevölkerung die nötige Surreastimmung für den Krieg zu erzeugen,

## Frankreich schlägt ein neues Schiedsgericht vor.

Ein Junktim zwischen Beratung der Ruhräumung, Garantien — und interalliierte Schuldensage. — Nächste Woche Konferenz-Ende?

London, 29. Juli. (Gavas.) Da der englische Experte Snowden sich weigert, weder dem Vorschlage Theunis noch dem Antrage Logans über die Unterfuchung der Garantien, welche die Zeichner der 800 Millionen Goldmarkenleihe befristigen würden, beizutreten, stellen die französischen Vertreter eine neue Formel auf, nach der ein Schiedsgericht in jedem Falle zur Anwendung kommen soll, wenn die Reparationskommission, die sich über das Verschulden Deutschlands auszusprechen hat, ihren Beschluß nicht einstimmig fassen könnte. Die Reparationskommission würde in einem solchen Falle die strittige Angelegenheit drei Unparteiischen zur Entscheidung vorlegen, von denen

einer eventuell ein Amerikaner wäre. Dieser Vorschlag, der noch keinen definitiven Charakter hat, steht mit dem Versailler Vertrag in Einklang.

Macdonald soll mit den Ansichten dieses Vorschlages übereinstimmen. Französischerseits wird, wie es scheint, der Wille kundgegeben, in London die Frage der Räumung des Ruhrgebietes, die im Dawesplane nicht behandelt ist und infolgedessen aus dem Programm der Konferenz ausgeschaltet ist, nur dann zu verhandeln, wenn die Debatte auf die Behandlung des Problems der Sicherheit und der interalliierten Schulden ausgedehnt wird.

London, 29. Juli. (Gavas.) Obwohl die Ausarbeitung der französischen Vermittlungsformel, die ein Einvernehmen in der ersten Kommission ermöglicht, den ganzen Nachmittag gedauert hat, besteht wenig Hoffnung, daß die französischen und englischen Experten unter Mithilfe des juristischen Beirates Fromageot heute abends ihre Arbeiten beenden werden. Deshalb wurden die für morgen geplanten Sitzungen der ersten und dritten Kommission abgesagt. Auch eine Sitzung der Delegationschefs dürfte morgen nicht stattfinden. In Konferenzkreisen wird heute abends angenommen, daß die deutschen Delegierten kaum vor anfang nächster Woche eingeladen werden, nach London zu kommen.

Der Agentur Reuter zufolge glaubt man, daß die Konferenz erst Ende nächster Woche mit Erfolg wird abgeschlossen werden können.

## Herriots Rechenschaftsbericht.

Paris, 29. Juli. (Gavas.) Ministerpräsident Herriot sandte den Kammern ein Telegramm, in dem er sagt, die Regierung hätte gewünscht, ihnen den Text eines vollkommenen Uebereinkommens mitzuteilen, daß aber trotz der ausdauernden Bestrebung bisher die Verhandlungen noch nicht beendet seien. Die französische Delegation bemühe sich, den Bankiers eine ent-

sprechende Garantie zu gewähren, achtet jedoch darauf, daß der Versailler Vertrag durch nichts berührt werde, ebenso die Rechte Frankreichs für den Fall, daß eine Kollektivaktion nicht in Geltung treten würde.

Die Verhandlungen werden noch einige Tage in Anspruch nehmen. Die Regierung wird mit dem festen Willen an ihnen teilnehmen, den Schutz der Rechte Frankreichs zu sichern, von neuem die Uebereinstimmung unter

wie sie prahlerisch den „Spaziergang nach Belgrad“ ankündigte, obwohl sie wußte, daß dieser Spaziergang den Weltkrieg bedeuten konnte. Die sozialdemokratischen Zeitungen, welche die vom Kriegsministerium bestellten Straßenkundgebungen der „Patrioten“ nicht als den wahren Willen des Volkes hinnehmen wollten, wurden dafür von den Blättern der Christlichsozialen und Deutschnationalen verhöhnt und entrüstet angefallen. Heute erfreuen sich die Deutschgelben zu schreiben, die Antikriegskundgebungen kämen „zehn Jahre zu spät“, als ob dieselben Deutschgelben 1914 über unsere Kriegsproteste nicht geschrieben hätten, sie wären ein Beweis dafür, daß „die roten Führer mit den großserbischen Mordbuben unter einer Decke spielen“ und tausend andere Anpöbelungen mehr.

Ebenso wie die Spekulation der früheren bürgerlichen Habsburger- und Hohenzollern-lakaien fehlschlug, so schlugen auch die Hoffnungen der Komunisten fehl. Besonders die deutschen Kommunisten hatten den Auftrag aus Moskau, den „Sozialpatriotismus“ der Sozialdemokraten bei den Antikriegstagen zu „entlarven“, mit Eifer aufgenommen, da sie eine Gelegenheit gefunden zu haben glaubten, einige Profekteln für ihr arg zusammengeschmolzenes Fährlein zu werben. Die ehemaligen I. u. I. Deutnants, die heute kommunistische Führer spielen, werden sich noch lange den Hosenboden halten auf dem ihnen der Erfolg ihrer bubenhaften Anstänkerung der Sozialdemokratie quittiert wurde. In den letzten Tagen waren sie, die zum Angriff gezogen, bei der Selbstverteidigung gelandet, da unsere Langmut gerissen war und wir einmal selber an die Entlarbung geschritten waren, und da erfuhr man erbauliche Dinge, warum beispiels-

weise Herr Kreibich sich um den Offiziersrang beworben hatte: u. a. deshalb, weil er im Kriege das Schießen lernen wollte! Ein wahrer Kommunist müsse für den Fall einer Revolution militärische Kenntnisse haben, darum übte Herr Kreibich das Loschießen armer Proletarier im Weltkrieg! Leider verstreut die Geschichte, wie viele menschliche Zielscheiben die Erlangung der nötigen Schießfertigkeiten des Herrn Kreibich mit dem Leben bezahlen mußten. Jetzt nach dem Antikriegstage ist die Stimmung der kommunistischen Presse auch noch aus einem anderen Grunde auf Null gestimmt. Wenn die kommunistischen Führer die Wirkung ihrer Hege an dem Besuch ihrer Versammlungen maßten, so mußten sie nicht übel Luft verspüren, wie die Schloßhunde zu heulen. Im ganzen Lande brachten sie auch nicht eine Versammlung zustande, die imponant genannt werden könnte. In Brünn, einer kommunistischen Hochburg, brachten sie nur etwa 1500 Personen auf die Beine, dabei tschechische wie deutsche Teilnehmer gerechnet. In Prag war es ein kleines Häuflein, das sich auf die Straße locken ließ. Überall war die Zahl der kommunistischen Demonstranten weit geringer, als die der sozialdemokratischen Manifestationen. Selbst in Reichenberg, obwohl der „Vorwärts“ 14 Tage lang mit zahllosen Schmähartikeln gegen die sozialdemokratische Partei die Stimmung für die allein unentwegten kommunistischen Kriegskämpfer zu steigern versuchte, hörten den Reden der Kreibich und Neurath auf dem Theaterplatz kaum 1000 Personen zu. Zehntausende sollten kommen, um mit Kreibich Flüche auszustößen gegen die verhasste Sozialdemokratie, doch der kommunistische Aufzug rechtfertigt nur eine Bezeichnung, er war

den Verbündeten und den Frieden zu verwirklichen. Die Regierung wird die Ergebnisse nach Beendigung der Verhandlungen den Kammern, mitteilen, damit sie über diese in einem Zeitpunkte beraten können, den sie wählen.

Nach Verlesung des Telegrammes des Ministerpräsidenten Herriot im Senat, legte der Justizminister die Amnestievorlage vor, welche dem zuständigen Ausschusse überwiesen wurde. Der Senat vertagte sich hierauf auf morgen.

Die Kammereröffnung wurde unter schwacher Beteiligung eröffnet. Die Verlesung des Telegrammes des Ministerpräsidenten wurde mit Beifall aufgenommen. Von kommunistischer Seite ertönte der Ruf „Räumt die Ruhr!“. Die Kammer behandelte sodann einen Resolutionsantrag betreffend die Durchführung des 8-Stundentages auf den Eisenbahnen und ging hierauf zur Diskussion einiger Kreditvorlagen über.

## Wer finanzierte die Hitlerbanden?

München, 29. Juli. (Eigenbericht.) Im Finanzausschuß des bayerischen Landtages beantwortete heute der Finanzminister die vor einigen Tagen gestellte Anfrage des Genossen Auer über den Verbleib der einen Million Goldmark die feinerzeit Rahr zur Unterstützung der notleidenden Jugend angefordert hatte. Der Finanzminister erklärte, daß Rahr allerdings diesen Betrag zur Linderung der Hungersnot verlangt habe und diese Summe auch selbst verteilen wollte, der Finanzminister habe dies aber gleich abgelehnt. Es sei möglich, daß Rahr aber andere Staatsgelder zu verfügen hatte. Der frühere Ministerpräsident Aulling erklärte die Behauptung, er habe Rahr Staatsgelder zu unlauteren Zwecken übergeben, für eine Verleumdung.

Genosse Auer stellte fest, daß Rahr, den doch die Sache am meisten angehe, sich bis jetzt in dieser Angelegenheit mit keinem Worte geäußert habe, und er verlangte, daß er hierüber zur Rechenschaft gezogen werde. Im übrigen fragte er noch, ob es wahr sei, daß die bayerische Staatsbank einer Nürnberger Zeitung, welche diese Angelegenheit besprochen hatte, mit der Entziehung des Kredites gedroht habe.

Möglich. Die Arbeitermassen, des ewigen lügenhaften Geschimpfes auf die „Sozialpatrioten“ müde geworden, waren lieber zu Hause geblieben, als sich den bolschewistischen Kohl anzuhören. Kleinlaut muß der „Vorwärts“ selber gestehen, daß der Besuch „zumal“ der Reichsberger Kundgebung ein „unbefriedigender“ war. Das schlechte Wetter sei keine Rechtfertigung, denn die Soldaten im Krieg hätten tage- und wochenlang in noch viel elenderem Wetter aushalten müssen. Mit der Begeisterung für den Bolschewismus ist es aber so weit gekommen, daß schon ein Regenquä die allein wahren Revolutionäre, wenn die Trommel ruft, hübsch zu Hause bleiben läßt. Nun, es war nicht das unfreundliche Wetter allein, welches zum Mißlingen der kommunistischen Veranstaltungen beitrug, sondern das Nichts-als-Geschimpfe der Jünger Sinowjews, das jeden ehrlichen Arbeiter in tiefster Seele anwidern muß. Die Arbeiter fühlten auch die innere Unaufrichtigkeit und Unwahrscheinlichkeit des Antikriegsgeschreies bei einer Partei heraus, die den Sowjetherren in Moskau dient, welche einen Militarismus züchten, der, obwohl rot angestrichen, doch dem zaristischen Militarismus wie ein Ei dem andern gleicht.

Der Ausfall unserer Manifestationen darf uns mit Freude erfüllen. Nicht die Hege von rechts noch jene von links konnte ihnen Abbruch tun. Das beweist, daß die Arbeiter immer geschlossener sich in die Reihen der Sozialdemokratie einstellten. Noch ist viele Aufklärungs- und Erziehungsarbeit zu leisten, denn noch stehen Tausende Proletarier abseits. Wir alle wollen sie, angepornt durch den Erfolg unserer Antikriegskundgebung, freudig und begeistert leisten!

# Die Sozialversicherungsvorlage.

IX.

Der fünfte Teil der Vorlage behandelt die Versicherungsgerichtsbarkeit. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß uns die Erkenntnisse der bei den Krankenkassen gemäß dem R. V. G. errichteten Schiedsgerichte nicht zu befriedigen vermögen. Die Schiedsgerichte waren größtenteils nichts anderes, denn Vollzugsorgane des Vorstandes. Von einer Rechtsprechung war keine Spur. Wir haben also die Abschaffung dieser Institutionen, die dem Versicherer in den seltensten Fällen eine objektive Rechtsprechung verbürgt haben, angestrebt und haben es mit Freuden begrüßt, daß in der Regierungsvorlage mit den Schiedsgerichten in ihrer alten Form aufgeräumt wird und die Schaffung neuer, moderner Gerichte in Aussicht genommen ist. Auch sonst war der Aufbau der Versicherungsgerichtsbarkeit — die Errichtung von Versicherungsgerichten und einem Oberversicherungsgericht und der für diese Gerichte in Aussicht genommene Wirkungsbereich — überaus entsprechend. Wir haben in der ursprünglichen Vorlage zu bemängeln gehabt, daß den sozialen und nationalen Bedürfnissen nicht entsprochen wird. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß die nationale Zusammenfassung der Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik die Errichtung nationaler Senate in allen Instanzen zur Voraussetzung hat. Diesem unserem Begehren wurde in der neuen Fassung, wie sie nun über Antrag des Justizministeriums vom Unterausschusse und sozialpolitischen Ausschusse beschlossen wurde, nicht entsprochen, ebenso hat unser Verlangen nach einer wirksameren Vertretung der Versicherten in den einzelnen Senaten keinen Anklang gefunden, der Ausschuss hat vielmehr die Mitwirkung des Laienkollegiums in der obersten Instanz wesentlich eingengt. Dagegen hat der Unterausschuss in zwei überaus wichtigen Fragen unseren Anträgen zugestimmt, die dann auch der sozialpolitische Ausschuss einhellig genehmigt hat. In der ursprünglichen Vorlage war nämlich die Errichtung von drei Versicherungsgerichten mit dem Sitz in Prag, Brünn und Preßburg vorgesehen. Bei Anwendung der Sprachverordnung auf die Versicherungsgerichtsbarkeit in der Sozialversicherung — die, wie uns Regierungsvertreter im Ausschusse an der Hand des Verfassungsgesetzes und des Sprachengesetzes nachgewiesen haben, eine Selbstverständlichkeit ist, — wäre gleichbedeutend gewesen damit, daß den nichttschechischen Versicherten das Streben, sein Recht zu finden, erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht worden würde. Nunmehr ist die Errichtung der Versicherungsgerichte am Sitz eines jeden Kreisgerichtes vorgesehen.

Im § 219 der Vorlage war bestimmt, daß zum Beisitzer und Ersatzmann des Versicherungsgerichtes derjenige nicht gewählt werden kann, der von dem Sitz des Versicherungsgerichtes in einer Entfernung von mehr als 25 Kilometer wohnt. Und im § 220 wurde festgesetzt, daß diese Bestimmung auch auf die Beisitzer des obersten Versicherungsgerichtshofes Anwendung zu finden habe. Das hätte unter Aufrechterhaltung der alten Fassung der Vorlage bedeutet, daß die Angehörigen der nichttschechischen Nationen als Beisitzer überhaupt nicht in Frage gekommen wären. Begründet wurde diese Maßnahme dadurch, daß die Befähigungsfähigkeit der Senate unter allen Umständen gewährleistet werden müsse, und daß nur dann mit einer raschen Arbeit der Versicherungsgerichte gerechnet werden könne.

Ueber unseren Antrag wurde nun festgesetzt, daß mindestens vier Beisitzer und die Hälfte der Ersatzmänner am Sitz des Versicherungsgerichtes wohnen müssen.

So sehr wir mit diesem Erfolg zufrieden sein können, so sehr müssen wir es bedauern, daß der Wirkungsbereich der Versicherungsgerichte, entgegen der ursprünglichen Fassung, so gewaltig eingengt wurde. Im § 220 der Regierungsvorlage, war der Wirkungsbereich des Versicherungsgerichtes folgendermaßen festgesetzt. Das Versicherungsgericht ist ausschließlich berufen zur Entscheidung:

1. Ueber Beschwerden gegen die Entscheidung des Vorsitzenden des Schiedsgerichtes, durch welche die Berufung abgewiesen oder zur Beseitigung formeller Mängel zurückgestellt, oder durch welche ein Beisitzer des Schiedsgerichtes nach § 203 (Ein Beisitzer, der seine Amtspflichten vernachlässigt hat, kann vom Vorsitzenden zum Ersatz der Kosten des durch seine Schuld vereitelten Verfahrens verurteilt werden. A. d. R.) bestraft worden ist.
2. Ueber Berufungen gegen die Erkenntnisse der Schiedsgerichte der Krankenversicherungsanstalten.
3. Ueber Klagen, die gegen einen Bescheid der Versicherungsanstalt eingebracht werden, mit welchem der Anspruch auf eine Leistung der Invaliditäts- und Altersversicherung nach diesem Gesetze ganz oder zum Teile abgewiesen oder eine Leistung unrichtig bemessen, herabgesetzt oder entzogen wurde.
4. Ueber Klagen, auf Ersatz nach diesem Gesetze:

- a) Zwischen den nach diesem Gesetze errichteten Versicherungsanstalten untereinander;
- b) zwischen diesen Versicherungsanstalten und jenen, die dem Versicherten oder dessen Hinterbliebenen eine Armenversorgung gewährt haben;
- c) zwischen diesen Versicherungsanstalten und den Krankenhäusern;
- d) zwischen diesen Versicherungsanstalten und den Arbeiterunfallversicherungsanstalten, den Pensionsanstalten, den Bergwerksbrüderlaben und dem Träger der Versicherung der selbständig erwerbstätigen Personen.

1. Ueber die Beschwerde des Arbeitgebers gegen einen Bescheid der Versicherungsanstalt.

2. Ueber die Beschwerde des Arbeitnehmers gegen einen Bescheid der Versicherungsanstalt, durch welchen anerkannt wurde, daß er nach diesem Gesetze nicht versicherungspflichtig ist, oder durch welchen er als in einer niedrigeren Lohnklasse versichert erklärt wurde, oder durch welchen über sein Recht oder den Versicherungsbeitrag aus der freiwilligen Versicherung entschieden wurde.

3. Ueber Streitigkeiten zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer über Abzüge des Versicherungsbeitrages vom Lohn.

4. Ueber Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern gemäß § 239, Abs. 3. (Die Pflicht zur Herausgabe eines Ueberweisungsbeitrages nach dem vorangehenden Absätze obliegt dem letzten Arbeitgeber; dieser kann von den übrigen Arbeitgebern den Ersatz eines verhältnismäßigen Teiles des Ueberweisungsbeitrages verlangen. A. d. R.)

1. Ueber Beschwerden gegen andere Bescheide der Versicherungsanstalt, gegen welche die Beschwerde durch das Gesetz nicht anderswohin zugewiesen ist.

2. In anderen Fällen, die das Gesetz dem Versicherungsgerichte zuweist.

Diese Regierung hat ganz unseren Ansichten entsprochen. Es war eine geradezu ideale Einheit der Versicherungsgerichte vorgesehen, und es war die politische Behörde, mit Ausnahme der Durchführung der Wahlen, von jedem Einfluß auf die Sozialversicherung ausgeschlossen, ein Umstand, der von jedem freudig begrüßt worden wäre, der den unheilvollen Einfluß der politischen Behörden auf die Krankenversicherung, in

der abgelaufenen Zeit zu beobachteten Gelegenheit hatte.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Formulierung der Bestimmungen im fünften Teil der Vorlage unter Teilnahme hervorragender Funktionäre der Organisation des Verwaltungsgerichtswesens gemacht wurde.

Plötzlich hat sich, wie uns der Referent erzählte, namentlich bei dem Verwaltungsgericht eine entgegengesetzte Ansicht durchgesetzt. Es hat die Auffassung obwaltend, daß es kaum möglich wäre, zu sagen, daß das Verwaltungsgericht von der Entscheidung wenigstens über eine solche Agenda ausgeschlossen ist, welche den Charakter einer rein administrativen Entscheidung hat, und daß es theoretisch möglich wäre, daß dann ein Streit darüber entsteht, ob die Bestimmung des § 235, der darüber spricht, daß die Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichtes nicht vom obersten Verwaltungsgericht überprüft werden kann, nicht in Zukunft beschränkt werden könnte als Bestimmung, die der Verfassung entgegensteht. Der Referent hat nun gemeint, daß es selbstverständlich sei, daß eine solche Einwendung auf Leute, welche sich mit dem Verwaltungsgerichtswesen befassen, deprimierend wirken muß, und sie muß die Bestrebung hervorrufen, die Regelung so durchzuführen, daß nicht gesagt werden kann, daß das Gesetz auf unrichtigen Voraussetzungen gegründet ist. Diesen Bedenken hat sich auch der den Beratungen zugezogene Prof. Böhl angeschlossen. Und so ist nun eine Reuzierung zustande gekommen, nach welcher alle unter Absatz B und C angeführten

Fälle, mit Ausnahme von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber, gemäß § 239, Abs. 3, der Entscheidung der Versicherungsgerichte entzogen und der Entscheidung der politischen Behörde weiter überlassen werden. Es werden demzufolge die politischen Behörden zu entscheiden haben über Beschwerden der Arbeitgeber gegen Bescheide der Versicherungsanstalt, über die Versicherungspflicht, darüber, ob der Angemeldete mit dem tatsächlichen Lohnbezüge versichert ist und ob der Abzug seitens des Arbeitgebers ordnungsgemäß erfolgt. Der Vorteil, den die erste Formulierung durch Ausschließung der politischen Behörde brachte, ist also aufgehoben und wir werden gerade in den wichtigsten Fragen, welche die Versicherten tangieren, und welche insbesondere im ersten Jahrzehnt nach Inkrafttreten der Sozialversicherung insbesondere in der Slowakei und Karpathenland in Erscheinung treten werden, uns mit dem der Sozialversicherung in der Regel wesensfremden Beamten der politischen Verwaltung abzufinden haben. Die in dem nunmehrigen Entwurfe vorgeschlagene Lösung wird Schwierigkeiten bereiten, die man dadurch beheben will, daß in der Durchführungsverordnung vorgesehen wird, daß die politische Behörde bei dem Versicherungsgericht eine Expositur errichtet, in die sie ihre Beamten entsendet, die im Namen und mit Rechtskraft der politischen Behörde entscheiden. Gegen diese Entscheidung wird die Beschwerde erhoben werden können bei dem obersten Verwaltungsgericht.

(Fortsetzung folgt.)

# Unser Antitriestag.

Wir geben nachfolgend die weiteren, im Laufe des gestrigen Tages zusammengekommenen Berichte über die Antitriestdemonstrationen unserer Genossen wieder:

## Böhmisch-Ramitz.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft des Bezirkes Böhmisch-Ramitz hat ihrer unbedingten Friedenswillen durch einen Demonstrationzug und eine Massenversammlung auf dem Marktplatz kundgetan. Nach Eröffnung der Versammlung sprach Abgeordneter Genosse Grünzner über den steten Kampf des sozialistischen Proletariates für den Frieden; Genossin Krasche sprach zu den Frauen, Jugendgenosse Jun zur Jugend. Das Schlusswort hielt Gen. Stenka.

## Bodenstadt.

Unter zahlreicher Teilnahme der Arbeiterschaft Bodenstadts fand am 27. Juli die Antitriestdemonstration statt. Nach dem Umzug fand im Arbeiterheimgarten die Versammlung statt, bei der Gen. Puls das Referat unter Gen. Darmersaffitzing erstattete. An dieser Stelle sei überhaupt der Fürsorgefähigkeit der Genbarmerie gedacht, die sich durch das Herunterreißen der Plakate und das Verbieten der Aufschriften im Festzug: an der Demonstration beteiligte.

## Bärtingen.

An der Kundgebung in Bärtingen (Bezirk Platte) nahmen circa 1000 Personen teil.

## Brünn:

Die erhebende Antitriestkundgebung der hiesigen deutsch-sozialdemokratischen Arbeiterschaft fand Sonntag, 9 Uhr vormittags am Hauptplatz des Ortes, unter dem Vorsitz des Gen. Wöhl, statt. Eine große Zahl von Menschen hörte die Ausführungen des Referenten, Gen.

Wald (Brünn) an. Trotz des einsetzenden Regens hatten die vielen Hunderte bis zum Schluß aus und nahmen die verlesene Entschließung einstimmig an. An der Kundgebung hatten auch die Parteimitglieder von Mähr.-Osttau teilgenommen. Bezeichnend ist, daß die Genbarmerie verstärkt war und daß der Versammlung ein Regierungsvertreter beiwohnte.

## Eger.

Die Antitriestversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft des Bezirkes Eger fand Sonntag nachmittags im Hotel Fraiss statt. Der Arbeitergesangverein leitete die Kundgebung mit der „Internationalen“ ein, worauf Genosse Biska der im Weltkrieg gefallenen Soldaten gedachte, die heute als die Opfer des imperialistischen Machtstrebens die Friedhöfe fast aller Länder Europas füllen. Genossin Schack sprach zu den Frauen. Sie hob besonders die Leiden hervor, welche die Arbeiterfrauen im Krieg zu erdulden hatten, und Genosse Mäier aus Königberg richtete ernste Worte an die Jugend. Die Kundgebung war von ungefähr 1200 Personen besucht.

## Julneš.

Der Zug der sozialdemokratischen Arbeiter marschierte auf den Ringplatz, wo Genosse Koller referierte. Die Kommunisten versuchten durch Gröhlen und Schreien die Versammlung zu stören, was ihnen aber vollkommen daneben gelang. Böhmischgrünend, fast in einer Front mit den Kommunisten, standen die Gelben und nationalen Größen Julneš!

## Freiwaldau.

Die Antitriestversammlung war sehr gut besucht. Referent war Senator Genosse Wolach, dessen Ausführungen bei den Versammelten tiefen

# Die kleine Lotte.

(55)

Von Simone Bobbe.

Uebersetzt von Dr. Anna Rujbaum, Coppenhagen by Internationales Verlags „Renouveau“, Wien.

Henri fährt fort: „Ein Ganzes von Ergebnissen, deren Ursachen ihr im Augenblick noch unbekannt sind. So ist sie christlich, liebt ihre Mütter; aber sie ist mehr als Gerechtigkeit, besser als Mitleid, sie ist Versehen, das annimmt, vorsteht, wieder aufbaut. Ihre Gnade wird den Schlechtesten zuteil wie den Besten, allen lebendigen Wesen. Sie muß alles befähigen, verwirklichen, vereinen. Sie ist das Leben. Der unbekannt Gott, den alle Völker Jahrhunderte hindurch gesucht. Von ihr steht geschrieben: Sterbliches hat Unsterbliches geschaffen. Sie werden wir eines Tages auf allen Berggipfeln anbeten. In Staunen vor der Schönheit, die wir durch ihre Gnade in jedem Ding erfinden. Wir danken ihr die Seele von Kindern, die für die ewige Seligkeit geboren sind.“

Um diese Reden zu halten, steigt Henri auf einen Stuhl.

„Sie sind verrückt mit Ihren Zahlen!“ ruft Eulalie. „Was für eine Geschichte! Blasen nehmen Sie für Valernen.“

Er springt herunter, läuft ihr nach, bindet ihr die Schürze fest um den Kopf.

„Eulalie, bitten Sie die Wissenschaft um Verzeihung. Das ist der kürzeste Weg. Sie allein darf sagen: Es werde Licht!“

Eulalie ist sehr eigenartig. Seraphine und Charlotte müssen sie befreien.

Doch Charlotte glaubt. Mit ihrer Arbeit hat sie an der Wissenschaft teil, rettet die Welt. Henri hat es ihr genau erklärt: wie eine kleine Ameise, von der ein gewisser Bertrand irgendwo bewiesen hat, daß sie, immer nur unermüdet kleine Sandkörner abtragend, die Schweiz eben

machen könnte. Um die Welt zu retten, darf man sie nicht mit Klagen erfüllen — ihr Gang wird darum nicht schneller — im Gegenteil. Sie läuft Gefahr, sich in einer Menge von Verwicklungen zu verlieren, deren sie enttraten kann. Das einfachste ist, so gut und recht zu leben, als man kann, und die Dinge aufeinander folgen zu lassen.

Indem sie die Welt rettet, verdient Lotte etwa drei Franken im Tag. Sie kommt aus, laun sogar die Miete zahlen, ohne die Hundert-Franken-Banknote anzurühren, die sie in ihrem Abgebrauch fand. Da beginnt ihr Sonntagskleid in allen Nähten zu plagen, ihr Hut ist nicht mehr hübsch, die Handschuhe sind nicht mehr tragbar. Marisa schaut sie neugierig an:

„Ich gebe zu, daß du sehr geschickt bist. Nicht dich mit wenigen Fähnchen aus der Affäre. Schaust ja nicht aus, daß man Tollheiten für dich begehen könnte, aber da der Teufel ein seines Aussehen schätzt — na, dem Mann ist gefolgt. Immerhin — Glück hatte du — ist er wirklich so mit dir zufrieden, wie du dich jetzt anziehst? Gibt dir wohl kein Geld?“

Lotte bricht in Schluchzen aus.

„Hat dich sitzen lassen?“

„D nein!“

„Dich hat's, Kleine, und zwar, weil er dich in Ruhe gelassen hat. Brauchst nicht rot zu werden. Ich verzeih dir, bist zum Waschen komisch. Deine Sache wird ein schlimmes Ende nehmen. Liebt man sich ist's nicht so, wie wenn man's nicht tut. Ich liebe Koko, möchte nicht, daß er mir Geld schide — aber was du treibst, weißt, das ist Unsinn. Die Schmeuse versteht das nicht. Willst du von deinem Tierchen nicht fort, laß dich von einem anderen aushalten.“

Charlotte beginnt darunter zu leiden, mit ihrem Freund ins Theater zu gehen. Um so mehr, als er, um ihr Freude zu machen, sich bemüht, sie auf einen sehr guten Platz zu führen, wenn sie allein sind. Er scheint sich nicht um ihre Kleidung

zu kümmern, denkt nicht daran, sie mit der ihrer Nachbarn zu vergleichen. Im Gegenteil. Während der Pausen beschäftigt er sich damit, an allem Kritik zu üben. Er mag die Damen nicht, die viel Schmutz tragen, die ihre roten Arme zeigen. Aber er hat weiße Kleider gern, bittet Lotte, ihren Hut abzulegen.

Eines Abends lehren sie aus der Comedie Francaise heim. Er zankt sie aus, weil sie ihm gesteht, daß sie oft den Weg zu ihm durch die Rue des Ecoles nimmt, um an der Sorbonne vorbeizugehen, dem Tempel ihrer Gottheit. Lebte er nicht dort? Er schilt, aber er behält ihre Hand in der seinigen. Sehr jung war er mit Sonia hingekommen. Man trat durch eine Galerie neben der Kirche ein. Der Hausbesorger schaute den kleinen Jungen an. Sonia grüßte ihn lächelnd. An den Wänden hingen schöne, harmonische Bilder. Die Schritte hallten auf den Fliesen wider. Auch das war Harmonie. Man kam durch andere Galerien. Und das Kind durchspähte sie, glaubte fast, nun müsse sie erscheinen — aus irgendeiner Ecke treten — einen Zipfel des Schleiers lästend: die Wissenschaft, heilig und gefeignet. Arbeit, Hoffnung, Trost, Frieden. Sie, die Sonia heißt. Lotte soll auch die Sorbonne sehen, die Fresken von Buis de Chavannes; sie wird verstehen, daß auch er von gleicher Kraft getrieben wird, von dem gleichen brennenden Sehnen zerrissen, das César Franz Tränen auslöst. Dann wird sie mit Henri erkennen: „Pelleluja, sie ist über uns, in uns, sie ist gekommen!“

Sie sind angelangt. Wie sie aussteigt, bleibt sie mit der Sohle ihres Schuhs am Trittbrett hängen, schwankt. Henri fängt sie an seiner Brust auf. Ohne sich um den Zuschauer zu kümmern, trägt er sie bis an die Tür, sagt, den Mund auf ihrem Ohr:

„Seelchen, Sie werden sich andere kaufen — Sie — wenn — wenn . . .“ Sie hat noch das

ganze Geld, das er ihr gegeben . . . aber sie dachte, die Schuhe könnten noch . . . aber . . .

„Aber ich begreife: Sie strafen mich dafür, daß Sie nicht meine Schwester sind.“

Es ist so gut, in Henri Arm zu liegen — wozu muß man das in Schuhen gehen? Es ist erniedrigend. Lotte weint darüber. Sie antwortet, am nächsten Morgen werde sie das schon besorgen, in ihrer Nähe gebe es ein Schuhgeschäft. Er ist ein wenig böse, ihres Stolzes wegen. Deshalb leidet sie, um dieses blödsinnigen Geldes willen, während er Mühe hat, zärtliche Worte zu unterdrücken.

Er täte unrecht, Sie zu sagen und doch . . .

Nach dem Gutenachtgriß zieht er die Tür hinter ihr zu. Wiederholt ihn nicht wie sonst. So groß ist seine Eile, nachzudenken.

Er schiebt den Kutscher fort, hat Lust, zu marschieren. An der Ecke des Boulevard rufen ihn barhäuptige Mädchen. Eine folgt ihm einige Schritte lang. Auf Montmartre spricht ihn eine Frau mit Hut an. Ungebüldig geworden, nimmt er wieder einen Wagen.

Er denkt, wie seine Kameraden von der Sorbonne ihn auslachen, weil er sich nicht „amüsiert“. Sie nennen ihn Sophie, tun, als verwecheln sie ihn mit seiner Schwester. Sie alle haben Geliebte. Wenn sie genug von ihnen hatten — was geschah mit ihnen dann?

Henri und Sonia haben diese Frage oft miteinander erörtert. Sie sind sehr verschieden und doch leben sie immer, ohne aneinander zu geraten. Ihre Herzen stehen offen. Sonia geht gern. Kommen sie spät von irgendeiner Besorgung heim, fast immer von gelehrten Dingen plaudernd, begegnen sie diesen Unglücklichen. Empfangen gemeinsam den peinlichen Eindruck. Sonia sagt nichts. Er fühlt sich beschämt, unendlich traurig wie ein Gläubiger, der sehend ist, seinen Gott im Schlamm verläßt. (Fortsetzung folgt.)

Eindruck hinterließen. Zum Zeichen der Trauer für die Opfer des Krieges fand nach dem Referat des Genossen Polach eine zweiminütigen Pause statt. Die Resolution wurde verlesen und einstimmig von der Versammlung angenommen.

**Göding.**

Die Lokalorganisation veranstaltete im Saale des deutschen Kindergartens eine Antikriegskundgebung, in welcher Genosse Gold aus Brunn referierte. Vor Eingang in das Referat gedachte Genosse Gold des verdienstvollen Führers des französischen Proletariats, Jourdas, welchen die heimtückisch abgefuehrte Kugel eines ruchlosen Mörders am ersten Kriegstage niederstreckte. Die Ausführungen des Referenten übten einen tiefen Eindruck auf die Versammlungsteilnehmer aus.

**Graslich.**

Trotz der ungünstigen Witterung war die Antikriegskundgebung eine der größten Kundgebungen, die Graslich je gesehen hat. Es nahmen an dem Demonstrationzug 5000 Menschen teil, von der kleinen Ortschaft Hochgartz, die 974 Einwohner zählt, nahmen 250 Personen an der Demonstration teil. Die Ansprache des Genossen Kay wurde mit Begeisterung angehört. Ebenso die Ansprachen der Genossin Günz, sowie des Vorsitzenden der Invalidenvereinerung. Als zum Schluß der Bläserchor wiederum einsetzte, war kein Auge tränenlos.

**Grulich.**

Der etwa 300 Teilnehmer zählende Demonstrationzug hatte sich vor der Redaktion des „Wergebirgsboten“ versammelt und zog auf den kleinen Ring, wo Gen. Dr. Morgenstern die Reden und Verheerungen des Weltkrieges schilderte und in flammenden Worten der Stimmung der Demonstranten: „Nie wieder Krieg! — Krieg dem Krieg!“ zum Ausdruck brachte.

**Joachimsthal.**

Die Antikriegsdemonstrationsversammlung fand Sonntag vormittags im Hotel Volkshaus statt. Als Referent war Genossin Abg. Blatny anwesend. Wie vorher erwartet, ergriff auch der aus der „revolutionären“ Chodauer Wortkassette sattem bekannte Kommunist Bachmann das Wort, um gegen die Sozialdemokraten loszuziehen. Nur dank des energischen Eingreifens des Vorsitzenden Genossen Pohl und der Referentin Genossin Blatny wurde die Verabholung dieses Schimpfepostels von der Tribüne hintangehalten. Die Genossen Blatny und Seltmann rechneten in ihren Schlussworten mit den Rabaubrüdern gründlich ab.

**Jahna.**

Am Samstag, den 26. Juli, fand in Jahna die Antikriegskundgebung statt. Das Referat erstattete Gen. J. Pipal aus Brunn. In sachlicher Weise besprach der Redner die Situation im Jahre 1914.

**Kapitz.**

Die von der sozialdemokratischen Bezirksorganisation und den freien Gewerkschaften e-berufene Anti-Kriegsdemonstration gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung der klassenbewußten Arbeiterschaft des politischen Bezirkes Kapitz.

Die leidenschaftlichen Ausführungen des Genossen Pohl-Krummauer gegen den Imperialismus und für die Völkerverständigung wurden von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen.

**Mährisch-Schönberg.**

Die Versammlung wurde hier mit dem Chor „Weltfrieden“ eingeleitet. Genosse Richter begrüßte die Erschienenen und erteilte unserem Genossen Abg. Häusler das Wort zu seinem Referat. Genossin Nila schilderte die Leiden der Frauen während des Krieges. Im Schlussworte rechnete Genosse Richter mit den bürgerlichen Stadträten ab, die die Ueberlassung des Rathaussturms zur Kundgebung verweigerten.

**Mährisch-Trübau.**

Am 27. Juli vormittags zog die Arbeiterschaft von Trübau und Umgebung auf die Straße, um in einer mächtigen Kundgebung den Friedenswillen der arbeitenden Menschheit zu demonstrieren. Der Zug bewegte sich durch die Straßen der Stadt zum Stadtplatz und zählte weit über 2000 Personen. Das Referat trug Genosse Pohl aus Auffig vor.

**Neudorf.**

An der Kundgebung nahmen in Neudorf rund 4000 Menschen teil. Die Ausführungen der Genossen Dr. Hollitscher und Hopf wurden mit demonstrativem Beifall aufgenommen. Der Versammlung folgte ein Umzug, in dem 40 Standarten und 15 Schwarz umflorte Fahnen getragen wurden.

An der kommunistischen Versammlung nahmen nach sehr genauer Schätzung 120 Personen teil.

**Neubitzsch.**

Bereits am 24. Juli fand in Neubitzsch die Kundgebung gegen den Krieg statt. An dem Demonstrationsumzug nahmen ungefähr 300 Personen, an der Demonstrationsversammlung 2000 Personen teil. Das Referat erstattete Gen. Senator Friedrich, welcher in zündenden Worten die Schrecken des Krieges die Not und das Elend der Menschheit zu schildern wußte und das

# Internationaler Metallarbeiterkongress.

In Ergänzung des Berichtes über die Metallarbeitertagung ist noch folgendes nachzutragen:

**Sonntag** vormittags nahmen die Delegierten des Kongresses an der Demonstration der Wiener Arbeiter teil, die Verhandlungen wurden daher erst nachmittags, und zwar mit der Debatte über Arbeitszeit und internationale Hilfeleistung fortgesetzt. Vorsitzender Solau.

**Brownlie** (England) stellt fest, daß dem Achtstundentag der englischen Arbeiter keine Gefahr drohe. Die Entwicklung der Dinge auf dem Festland wird von den englischen Arbeitern sorgfältig verfolgt. Wir müssen uns zur Abwehr jedes Angriffs zusammenschließen und die Bruderorganisationen moralisch und materiell unterstützen.

**Teller** (Polen): In einem Teile unseres Landes ist durch Verordnung der Achtstundentag eingeführt worden, und zwar vorläufig für drei Monate. Wir stehen aber vor der Gefahr, daß die Verlängerung der Arbeitszeit in ganz Polen zur Tatsache wird. Von uns wandern viele Arbeiter nach Frankreich aus, ohne den gleichen Schutz wie die heimischen Arbeiter zu finden. Ich stelle den Antrag, das Internationale Sekretariat möge Erhebungen durchführen über die Zahl der in den einzelnen Einwanderungsländern beschäftigten Arbeiter.

**Dihmann** (Deutschland): Es freut uns, daß die Engländer für den Achtstundentag nichts zu befürchten haben. In den anderen Ländern aber sind die Unternehmer daran, den Arbeitern den Achtstundentag zu rauben. Dihmann schildert dann ausführlich die Kämpfe in der deutschen Metallarbeiterchaft, aus denen die Lage gezogen wurde, nicht zu ruhen, bis der Achtstundentag wieder gesichert ist.

**Reinmann** (Tschchoslowakei): Bei uns ist das Washingtoner Uebereinkommen bereits ratifiziert. Trotzdem ist der Achtstundentag auch bei uns gefährdet. Während früher die gute Konjunktur den Unternehmern den Vorwand abgab, glauben sie jetzt, mit Hinweis auf die Krise, eine Verlängerung der Arbeitszeit anstreben zu müssen. So werden auch wir den Kampf zu führen haben.

**Labe** (Frankreich): Der Achtstundentag ist auch für uns die wichtigste Frage. Sieben Gesekentwürfe, abzielend auf eine Einschränkung des Achtstundentages, wurden in unserem Parlament eingebracht. Es ist uns gelungen, darüber die Abstimmung zu verhindern. Heute können wir sagen, daß der Achtstundentag gesichert ist. Labe bespricht dann die Einwanderung und warnt davor, daß ohne Informationen Arbeit in Frankreich gesucht werde. Augenblicklich gibt es in Frankreich zwei Millionen ausländische Arbeiter, zumeist Metallarbeiter.

Der Vorsitzende Pgl teilt mit, daß ein Vertreter des russischen Metallarbeiterverbandes angemeldet sei. Ueber seine Zulassung werde morgen das Zentralkomitee beraten. In der Montagssitzung wird in der Debatte über denselben Punkt der Tagesordnung fortgefahren. Vorher dankt der Vorsitzende Mac Kenna für die Auszeichnung, einen Tag den Kongress leiten zu dürfen, besonders, weil er so Gelegenheit bekommt, seinen Glauben und sein Vertrauen zu den Grundsätzen auszusprechen, auf denen der internationale

Ende seiner Ausführungen mit den Worten, in welche die Versammelten brausend mit einstimmten, „Nieder mit dem Krieg“ schloß.

**Neusiedl.**

Sonntag, den 27. d., hielt die Lokalorganisation eine gut besuchte Versammlung ab, in der Genosse Giesmann-Lundenburg, das Referat erstattete. Die Entschliegung fand einstimmige Annahme.

**Neutitschein.**

Ein großer Demonstrationsumzug unserer Genossen bewegte sich durch die Straßen unserer Stadt. Vor Einmarsch auf den Hauptplatz vereinigte sich unser Zug mit dem der tschechischen Genossen. Auf dem Hauptplatz intonierte ein Bläserchor einen Choral, worauf Genosse Ritschmann das Referat erstattete. Der Abmarsch erfolgte wiederum gemeinsam mit den tschechischen Genossen.

**Olmütz.**

Hier fand am 26. Juli die Antikriegsversammlung der Bezirksorganisation im Gewerkschaftshause statt. Die Rede des Senators Genossen Polach machte sichtlich tiefen Eindruck auf die gutbesuchte Versammlung. Nach der Rede verharren die Zuhörer mehrere Minuten in tiefem Gedanken für die Kriegskassier. Das große Polizeiangebot sowie die Bereitschaft der Garnison erwies sich als eine überflüssige Maßregel.

**Ostschlesien.**

Eingeleitet wurde die Demonstration durch den Lichtbildervortrag „Das wahre Antlitz des Krieges“, der in Odersberg, Freistadt, Trzynitz und Teschen große Zuhörerscharen herbeizog. Am Sonntag, den 27. Juli fand in Odersberg ein großer Umzug statt, an dem sich auch die tschechischen und die polnischen Genossen des Ortes und Abordnungen aller ostschlesischen Organisationen (die Teilnehmer waren mit ihrer Fahne gekommen) beteiligten. An der

Bund aufgebaut ist. Auch wir brauchen die Internationale zu unserer Stärkung und zu unserem Schutz. Heute zählt Großbritannien noch immer anderthalb Millionen Arbeitslose. Nun spricht in der Debatte

**Stein** (Wien): Der Kampf gegen den Achtstundentag entspringt nicht nur den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens, sondern aus dem Bestreben der Kapitalisten, die Sozialpolitik zu hemmen und zu beseitigen. Die Funktion der Sozialpolitik ist eine andere geworden als sie bis zum Kriege war; früher Schutz der Arbeiter oder von Arbeitergruppen, ist sie jetzt die proletarische Methode des Wiederaufbaues. Das paßt den Kapitalisten nicht. Wir müssen uns dieser allgemeinen und grundsätzlichen Bedeutung des Achtstundentages bewußt sein. Im Einverständnis mit mehreren Delegierten beantragt er eine Resolution, die wir gestern im Auszug veröffentlichten.

**Rey** (Deutschland) befürwortet die Resolution, möchte aber gern Entschlossenheit und Kampfbereitschaft sehen.

**Brocinoe** (Jugoslawien): Es handelt sich besonders um die Frage, wie wir den Kampf um den Achtstundentag führen sollen. Der Achtstundentag ist keine besondere Metallarbeiterangelegenheit, weshalb wir im engsten Anschluß an die Landeszentralen und an den Internationalen Gewerkschaftsbund vorgehen müssen.

**Mireasa** (Rumänien) befürwortet die Resolution, während **Kummer** (Deutschland) einige Bedenken äußert.

**Buozzi** (Italien) verweist darauf, daß Lohn- und Arbeitszeit unzulässig die Bedeutung für die Preise der Produkte haben, wie angegeben wird; das sieht man an den Automobiltypen. Auch von den Fellen ist nicht gesprochen worden. Würde übrigens die Abschaffung des Achtstundentages die Macht beeinflussen? Seine Beseitigung in einem Lande hätte die Beseitigung in den anderen zur raschen Folge. Wir müssen also tun, was die Resolution Stein besagt: in jedem Lande den Kampf organisieren, Mittel zur Unterstützung der Kämpfe bereithalten und auf die Ratifikation des Washingtoner Abkommens drängen.

In seinem Schlusswort setzt sich Pgl mit den vorgebrachten Anregungen und Einwendungen auseinander und beantragt die Einsetzung einer aus Stein, Solau, Kummer und Reidel bestehenden Kommission zur Umarbeitung der Resolution. Diefem Antrag wird widersprochen, worauf die Resolution Stein einstimmig angenommen wurde.

**Dihmann** (Deutschland) berichtet dann über den letzten Internationalen Gewerkschaftskongress in einem längeren Vortrag. Er bespricht die verschiedenen Probleme, die dort behandelt wurden, vor allem die Reparationsfrage. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Dann gelangt der Kongress zur Wahl des Vollzugsausschusses. An Stelle des erkrankten Meerheim wird von der französischen Gruppe Labe, sonst aber der bisherige Brownlie, Dihmann, Hausen und Pgl bestehende Vollzugsausschuss wiedergewählt. Ferner werden vier Erfahrmänner neugewählt: für Hausen der Schwede Johansson, für Dihmann Domes, für Labe Solau, der englische Erfahrmann wird noch nomhaft gemacht werden.

Die Tagesordnung ist somit erledigt, der Vorsitzende Reidel schließt mit einem Rückblick über die Arbeit die Verhandlungen.

Spitze des Zuges marschierten Kinder, schwarze Fähnchen tragend, es folgten die Jugendlichen, hierauf die Genossinnen und Genossen mit mehreren Fahnen und Standarten. Der Zug bewegte sich auf den Marktplatz, wo die Versammlung stattfand. Sie wurde eingeleitet durch einen klassischen Trompetenchor und durch den Vortrag des Chores „Weltfrieden“ von Uthmann. Hierauf sprachen die Redner Gen. Abg. Seeger (deutsch), Gen. Curda (tschechisch), Gen. Michejda (polnisch) und eine Kriegswaise. Zum Schluß ertönte wieder ein Trompetenchor und die Masse zog gegen das Drahtwerk zurück. Nachmittags fand eine künstlerische Gedenkfeier im Saale des Drahtwert-Hotels statt, bei der ernste Orchesterstücke (Schubert, Bruch, Sounod und Rich. Wagner) und Chöre (Im Morgenrot, Hymne an die Freiheit, Weltfrieden) geboten wurden. Den Höhepunkt bildete der Vortrag des Sprechers „Der Tag des Proletariats“ von Ernst Toller (mit Musikbegleitung).

**Robertson.**

Die Antikriegskundgebung konnte in diesem ländlichen Bezirke keinen besonders großen Besuch haben, da ja die Erntearbeiten alle Hände in Anspruch nehmen.

Unsere Kundgebung wurde vom Bezirksvertrauensmann Genossen Gottfried um 10 Uhr vormittags eröffnet, der dem Referenten Genossen Kühnel aus Bilin das Wort zu der Gedankrede erteilte. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen, worauf die vom Genossen Hergel verlesene Resolution einstimmige Annahme fand.

**Rumburg.**

Das Referat erstattete unserer Genosse Dobiasch, Auffig. Die padenden Ausführungen des Redners wurden von den Anwesenden die den Saal des Schützenhauses füllten, mit starkem Beifall aufgenommen. — Die Kommunisten hielten ihre Versammlung am Marktplatz

## Letzte Nachrichten.

### Generallstreik und Generalausperrung in Polen.

Gegen das Attentat auf den Achtstundentag.

Kattowitz, 29. Juli. Nach einem Beschlusse der Arbeitergewerkschaften soll der Generallstreik nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Beamenschaft in der Schwerindustrie umfassen. Nach Meldungen der Blätter beabsichtigen die Industriellen auf den Generallstreik mit einer allgemeinen Aussperrung zu antworten.

Im Zusammenhang mit der Proklamierung des Generallstreikes haben die Polizeibehörden in der Nähe von Kattowitz die Zentrale der kommunistischen Agenten aufgehoben und achtzehn bekannte Kommunisten verhaftet, welche in der letzten Zeit unter der Arbeiterschaft eine rege Agitation entfaltet haben.

### Großes Autounglück bei Komotau.

Ein Toter, drei Schwerverletzte als Opfer der Autokatastrophe.

Geiern, Dienstag, gegen 7 Uhr abends, fuhr das dem Mietautobesitzer Wilhelm Eckert aus Schladenwerth gehörige sechsstufige Auto über Komotau nach Oberleutensdorf. Untweit hinter der Stadt, zwischen Komotau und Gorkau, fuhr das Auto, in welchem sich außer dem Besizer, der gleichzeitig Chauffeur ist, noch eine Dame und zwei Herren, alle in übermütiger Stimmung, befanden, in einem rasenden Tempo, ohne Signal zu geben, dem Komotauer Mietautobesitzer Emil Hergl vor und lahend in den Blicken sie ihm zu, nachzueilen, was bei ihrer wahnwitzigen Fahrgeschwindigkeit direkt eine Todesfahrt für ihn und seine Fahrgäste gewesen wäre, hätte er diese Herausforderung angenommen. Der erste Wagen verschwand in einer dichten Staubwolke und als zwei Minuten später der nachfolgende Wagen zur nächsten Straßenecke kam, fanden seine Insassen die Vorausgeeilten über die Straßeneinfahrt gestürzt. Der Wagen hatte in seinem Hundertkilometertempo die Biegung nicht mehr nehmen können und hatte sich zweimal überstürzt, seine Insassen unter sich begraben.

Der Autobesitzer Wilhelm Eckert war auf der Stelle tot, seine Halschlagader zerrissen. Außerdem hatte er zahlreiche Rippenbrüche davongetragen. Seine Passagiere, Frau Sophie Beit aus Oberleutensdorf und ihr Sohn Hermann Beit waren glücklicher, erstere mit einer Hirnerschütterung, der zweite mit Rippenbrüchen und Kontusionen davongekommen, während der Oberleutner Josef Schmied aus Joachimsthal schwere innere Verletzungen erlitten hatte. In geistesgegenwärtiger Weise hatte der Chauffeur Hergl sofort seine Insassen ausgelassen und war mit dem Wagen nach Komotau zurückgefahren, wo er sofort die Rettungsgesellschaft und die Gendarmerie von dem Unfälle verständigte. Das Rettungsauto wurde sofort an die Unfallstelle entsendet, während Hergl mit zwei Gendarmen vorausfuhr. Die Schwerverletzten wurden sofort mit dem Rettungsauto ins Krankenhaus überführt, während der Tote in die Leichenhalle gebracht wurde.

Bis neun Uhr unlagerte eine tausendköpfige Menge die Unfallstelle, an welcher auch bereits die Untersuchungskommission mit Herr Richter Mareš erschienen ist und den Tatbestand aufgenommen hat. Nähere Details werden wir noch berichten.

ab, an ihrem, der Versammlung anschließenden, Demonstrationsumzuge, beteiligten sich 210 Personen.

**Schwarzbach.**

Hier war die Versammlung gut besucht. Referent Genosse Deml.

**Saltau.**

In Saltau sprach Genosse Deml; seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

**Tachau.**

Um zehn Uhr vormittags wälzte sich in lautloser Stille ein schier endloser Zug von Kindern mit schwarzen Fähnchen dem Marktplatz zu. Diesem Zuge folgten die Organisationen, die in stattlicher Zahl ausgerückt waren. Nach kurzer Begrüßung der Versammelten durch den Bezirksvertrauensmann ertönte vom Stadtturme ein ergreifender Bläserchoral, worauf Genosse Leibl ein in den Gemütern der Zuhörer noch lange nachhallendes Referat erstattete. Als Charakteristikum wollen wir noch bemerken, daß die Ortsgruppe des Bundes der Kriegsschädigten es ablehnte, sich an der Kundgebung zu beteiligen.

**Weipert.**

Ueber 1000 Personen beteiligten sich an der Kundgebung. Nach der Versammlung marschierten die Teilnehmer mit den Kriegsschädigten, Witwen und Waisen an der Spitze nach dem Friedhofe, wo nach kurzen Ansprachen der Genossen Paul und Fellinghauer in pietätvoller Weise der Gefallenen durch Niederlegung von Kränzen durch die Bezirksorganisation, die Frauen, die Jugend und die Kinder, sowie durch die Kriegsschädigten-Ortsgruppe ehrend gedacht wurde.

**Barnsdorf:**

Die Teilnehmer zogen geschlossen vom Vereinshaus zum Kriegerdenkmal, wo die Sängervereine des Arbeiter-Turn- und Gesangsvereins „Freiheit“ den ergreifenden Uthmannschen Chor „Westenriede“ zum Vortrag brachte. Senator Gen. Rehl besprach die Ursachen des Krieges, deren Folgen und die Aufgaben der Arbeiterklasse, um künftige Kriege unmöglich zu machen. Nach Schluß der Versammlung formierten sich die Teilnehmer zu einem Demonstrationzüge. Der ansehnliche Zug, in welchem mehr als Tausend Personen marschierten, bewegte sich über den Marktplatz zum Vereinshaus, wo die eindringliche, erhebende Kundgebung ihren Abschluß fand. Die Kommunisten hatten zu gleicher Zeit eine Versammlung in Rühnellsaal einberufen, die nur sehr schwach besucht war.

**Weihenfulz:**

An der gelungenen Versammlung dürften rund 1000 Personen teilgenommen haben. Infolge der ungünstigen Witterung konnten die meisten auswärtigen Organisationen nur durch Delegationen vertreten sein. Gen. Gröbner begrüßte die Versammlung und übergab den Referenten Gen. Hilburger das Wort, welcher in trefflicher Weise die Kriegsgrenel schilderte. Nach dem Genossen Hilburger sprach Genosse Lehrer Schuster aus Neudorf.

**Jnam:**

Die Antikriegskundgebung fand Samstag, den 26. Juli, um 5 Uhr nachmittags statt. Die „Rote Wehr“ kam in der Stärke von 60 Mann mit Musik zum Arbeiterheime, von wo der Demonstrationsumzug seinen Ausgang nahm. Die Standarten riefen in der Stodt eine große Wirkung hervor, obwohl die wirkungsvollsten Aufschriften von der Polizei konfisziert wurden. Nach dem Umzuge fand eine Versammlung im Arbeiterheime statt, in welcher Genosse Urbanek die Gedenkworte hielt.

**Inland.**

**Polizeibürokratie.**

Eine Entschuldigung des Polizeipräsidenten Wienert.

Unsere Veröffentlichungen über die beiden Mandatösen Verordnungen der Prager Behörden: die Arretierung des als Zeugen einmal vorgeladenen Sekretärs unseres Zentralsekretariats Genossen Kuplen und der Auftrag auf Durchsuchung der Person und Wohnung unseres Parlamentsklubsekretärs Genossen Dr. Wiener, haben, wie nicht anders zu erwarten war, ungewöhnliches Aufsehen hervorgerufen. Es ist nun erfreulich, mitteilen zu können, daß wenigstens eine der schuldigen Behörden zur Einsicht ihrer Verfehlungen gekommen ist: gestern erschien in der Redaktion des „Sozialdemokrat“ Herr Polizeipräsident Wienert, um sich, das heißt das Vorgehen der Polizei in beiden Fällen zu entschuldigen und auch um die betroffenen Genossen um Nachsicht zu ersuchen. Der Herr Polizeipräsident wies allemählig nach, daß er sofort nach Erscheinen unserer ersten Veröffentlichung, noch am Samstag, die Untersuchung des ersten Falles eingeleitet hatte, wobei sich herausstellte, daß durch Verschulden des Zirkower Bezirksgerichtes das ordnungsgemäße Formular zur Stelligmachung des Zeugen Kuplen fälschlich auf einen des Betrugs beschuldigten Kuplen ausgefüllt war. Es handelt sich also um eine sträfliche Schlampe des Bezirksgerichts, deren Wirkung aber dann durch das Vorgehen der Bezirkspolizeibehörde noch verschärft wurde. Herr Polizeipräsident Wienert steht nicht an, zu erklären, daß hier ein Mißgriff vorliegt, desentwegen die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden müssen. Und ebenso handelt es sich, wie Herr Wienert erklärte, im zweiten Falle um einen Mißgriff, um einen Irrtum des Polizeipräsidenten, der sich über die Person des Genossen Dr. Wiener nicht entsprechend informiert hatte, welches Versehen zu einer Verwechslung zweier Personen führte.

Da sich die so mißgriffreiche Prager Polizei nunmehr durch den persönlichen Eingriff ihres Chefs nachdrücklich und in aller Form entschuldigte und der Herr Polizeipräsident uns die rituelle Erklärung abgab, daß nicht nur die Schuldigen werden bestraft werden, sondern daß er auch alles tun wird, damit künftighin eine Wiederholung solcher Mißgriffe ausgeschlossen sei, und beide Angelegenheiten, soweit sie die Polizei angehen, auch für uns erledigt. Unerledigt aber bleibt die Schuld des Zirkower Bezirksgerichts, das die Quelle und Hauptursache des ersten Falles war. Vielleicht entwickelt Herr Dr. Dolansky, der Justizminister der Republik, doch so viel Amtseifer, um dafür Sorge zu tragen, daß die ihm unterstellten Richter aus Achtung vor den Rechten und der persönlichen Freiheit der Bürger, für deren Schutz sie ja bezahlt werden, zu etwas größerer Gewissenhaftigkeit verhalten werden.

**Sanierung der Gemeindefinanzen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten.**

In einer Artikelserie der kritischen „Nordböhmische Volkspost“ unterzieht ein Finanzgenie den Vorschlag der Stadtgemeinde Komotau einer Kritik und kommt schließlich zu Vorschlägen, wie die Ausgaben der Stadt vermindert werden könnten. Seine Vorschläge sind bemerkenswert

und werden auch die christlichsozialen Gemeindebediensteten- und -angestellten lebhaft interessieren. Fünf Ausgabenposten sind es, an denen nach der heftigsten Ueberzeugung des Herrn — gespart werden könnte. Hier sind seine Vorschläge:

a) Durch Einstellung bzw. tunlichste Reduzierung der für Ueberstunden, Funktionszulagen und Personaleinkommensteuer gezahlten Beträge, welche derzeit über 200.000 K jährlich ausmachen, also eine Summe, mit welcher rund 3 Millionen Schulden amortisiert werden könnten.

b) Durch Abbau der Gehälter und Löhne überhaupt, soweit dies noch nicht geschehen und ohne Härte möglich ist.

c) Durch Verminderung des Beamten- und Angestelltenstandes in der Weise, daß freiwerdende Stellen nur im Falle unabwiesbarer Notwendigkeit und auch da nur im Verhältnis der Wiederbesetzung werden, da dieses Verhältnis nach längerer Bewährungsfrist ja jederzeit in ein Defizitum umgewandelt werden kann.

d) Strengere Kontrolle des Dienstes und der Leistungen in allen Ämtern und Betrieben durch die leitenden Beamten unter persönlicher Verantwortung, bzw. durch die Stadtratsekretenten.

e) Ersparungen wären auch noch möglich bei den Druckkosten — siehe den heutigen Vorschlag! — und durch Streichung aller überflüssigen Repräsentations- und Reiseauslagen.

Die Stadtgemeinde Komotau ist in finanziellen Nöten. Ein christlicher Kommunalpolitiker will sie sanieren und nach dem berühmten Muster seines großen Meisters Seipel weiß er als einziges Mittel den Abbau des Beamtenstandes und die Reduzierung der Einnahmen der städtischen Angestellten. Hierzu erübrigt sich jedes Wort. Solche Grundzüge sind eben echt christlich und sozial dazu.

**Telegramme.**

**Russisch-deutsche Veröhnung.**

Deutschland tritt den Rückzug an.

Berlin, 29. Juli. In dem heute mittag vom Außenminister und dem russischen Geschäftsträger Brodowski unterzeichneten Protokoll über die Beilegung des Zwischenfalles vom 3. Mai d. J. heißt es u. a.: 1. Die beiden Regierungen scheuen den Notwendigkeit über den Zwischenfall als abgeschlossen an. 2. Die deutsche Regierung erklärt, daß das Vorgehen der Polizeibehörden gegen die Handelsvertretung eine eigenmächtige Aktion der deutschen Polizei darstellt. Sie gibt der Auffassung Ausdruck, daß die den Polizeibehörden zugegangene Meldung über die Entweichung Boyzenhards keineswegs als Grund für die Aktion dienen konnte. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen der Union der Sowjetrepubliken und Deutschland mißbilligt die deutsche Regierung dieses Vorgehen und bedauert, daß dieser Zwischenfall dadurch eine solche Ausdehnung erhalten hat. Die deutsche Regierung bringt der Sowjetregierung zur Kenntnis, daß der Leiter der Aktion von seiner bisherigen Diensttätigkeit entbunden worden ist und daß die schuldigen deutschen Beamten bestraft werden. 3. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, den von den deutschen Beamten im Gebäude der Handelsvertretung verschuldeten Materialschaden zu ersetzen. 4. Die Sowjetrepublik bestätigt, daß sie ihren Beamten verboten hat, in irgendeiner Weise an dem innerpolitischen Leben Deutschlands teilzunehmen, und daß sie für die Einhaltung dieses Verbotes nach wie vor Sorge tragen wird. 5. Beide Regierungen erkennen an, daß durch den Zwischenfall die rechtliche Stellung der Handelsvertretung keine Änderung erfahren hat. Da sich jedoch anlässlich des Zwischenfalles Meinungsverschiedenheiten über besondere Vorrechte ergeben haben, sind beide Regierungen übereingekommen, daß von der Gesamtheit der gegenseitig zur Handelsvertretung gerechneten Mächtigkeiten ein zusammenhängender Komplex als eigentliche Handelsvertretung vom übrigen Teil des Gebäudes vollständig getrennt wird und als exterritorial zu gelten hat. 6. Beide Regierungen werden dafür Sorge tragen, daß die beteiligten Dienststellen etwaige aus Anlaß des Zwischenfalles getroffene Maßnahmen beseitigen und keine neuen Maßnahmen mehr treffen.

**Die Beratung des Zolltarifes in Oesterreich.**

Wien, 29. Juli. (Eigenbericht.) Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten hat heute über den Zolltarif eingehend beraten, wobei Dr. Bauer über die letzten Kompromißvorschläge der bürgerlichen Parteien referierte. Der Verband beschloß einstimmig, daß diese Kompromißvorschläge unzulänglich und unannehmbar seien und daß er sie deshalb ablehne und feststelle, daß ein Kompromiß über den Inhalt des Zolltarifes nicht zustande gekommen ist. Er sei daher auch nicht in der Lage, zuzustimmen, daß der Zolltarif noch in den nächsten Tagen verabschiedet werde, was nur möglich gewesen wäre, wenn der Inhalt des Zolltarifes durch ein Kompromiß festgelegt worden wäre. Der Vorstand verkennt jedoch nicht, daß es im Interesse der Handelsvertragsverhandlungen, an deren Ergebnis auch die industrielle Arbeiterschaft interessiert ist, notwendig ist, den Zolltarif fertigzustellen, bevor die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei fortgesetzt werden. Der Verband ermächtigt daher kein Präsidium, einer Parteienvereinbarung zuzustimmen, welche, ohne die Freiheit der Partei im Kampfe um den Inhalt

des Zolltarifes zu beschränken, doch die Gewähr bietet, daß der Zolltarif vor dem Zeitpunkte verabschiedet werde, in welchem die Handelsvertragsverhandlungen fortgesetzt werden sollen.

**Von den „Börseanern der Arbeit“.**

26 Bergarbeiter verschüttet.

Berlin, 29. Juli. Auf der Zeche „Bismarck“ bei Buer in Westfalen gerieten 26 Bergleute unter stürzende Steinfmassen. Ein Häuer wurde getötet, ein anderer lebensgefährlich verletzt.

**Abtuz eines Förderkorbes: sechs Tote.**

Hamborn, 29. Juli. Durch Zerreißen eines Seiles stürzte auf der Gewerkschaft „Friedrich Thyssen“ in Hamborn ein Förderkorb in die Tiefe. Hierbei wurden sechs Mann getötet.

**Entartete Hakenkreuzler.**

Saag, 29. Juli. Der im Stadteil Gilpe gelegene jüdische Friedhof wurde in der Nacht vom Sonntag auf Montag durch bisher nicht ermittelte Täter verwüstet. Nur sechs Grabsteine stehen noch. Die Meterzentner schwere Grabsteine wurden umgestürzt und die Grabstätten verwüstet. Auf dem Friedhof wurde ein Hakenkreuz gefunden.

**Balkangrenel.**

Sofia, 29. Juli. (Ag. Bulg.) Aus Westbulgarien und Ostbulgarien, wo die bulgarische Bevölkerung Gegenstand von Verfolgungen und Gewalttätigkeiten ist, um sie zur Auswanderung nach Bulgarien zu probuzieren, treffen beunruhigende Meldungen ein. Am 14. ds. verschwand ein Bauer aus dem Dorfe Derwent im Bezirk Degeogassch und wurden drei Tage darauf ermordet und mit abgeschrittenen Rasen und Ohren aufgehunden. Ihr Eigentum und Geld waren ihnen ostentativ belassen worden. Das Verbrechen wurde an Ort und Stelle von zwei Engländern konstatiert, von denen einer der Vorstehende der internationalen Subkommission für freiwillige griechisch-bulgarische Auswanderung ist.

**Tages-Neuigkeiten.**

**Die Opfer des Arbeiters für den Militarismus.**

Bei Waffenübungen keine Unterhaltsbeiträge!

Ein Genosse schreibt uns: Es ist wirklich notwendig, die weite Öffentlichkeit über die Praxis der Bezirkskernnahrungskommissionen bei der Zuerkennung, oder besser gesagt, bei der Abweisung von Unterhaltsbeiträgen der Waffenübungsobligierten zu unterrichten. Denn die Öffentlichkeit wird kaum wissen, daß es heute fast überhaupt keine Unterhaltsbeiträge mehr gibt. Während meiner Waffenübung — die gegenüber früheren Waffenübungen bedeutend höhere Anforderungen an die physische Kraft des einzelnen stellte — getrauten sich von einem Zug überhaupt nur zwei oder drei Reservisten das Gesuch um Unterhaltsbeitrag einzureichen, da erfahrungsgemäß die Zuerkennung nur in den seltensten Fällen erfolgt.

Welchen Weg ich durchzumachen hatte, nachdem ich auch nach § 1154b in der ersten Woche der Einrückungsperiode keinen Anspruch auf Lohn hatte, will ich hier kurz schildern. Borerst will ich bemerken, daß das Ausmaß der Unterstützung typisch „hoch“ bemessen ist: Die Frau des Eingetückten bekommt bestenfalls täglich zwei Kronen und jedes Kind eine Krone zuerkannt! Die Zuerkennung erfolgt aber nur dann, wenn die Frau in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit nachzuweisen imstande ist (durch eine Bestätigung des Amtsarztes), daß sie arbeitsunfähig und daß die Familie in der Zeit der Einrückung in der Existenz bedroht und gefährdet war. Wenn also die Familie des Eingetückten noch am Leben ist, entfällt die Unterstützung! Die Bezirksnahrungskommission von Amst-Stadt hat auf mein Ansuchen abweislich entschieden, weil meine Familie (gegen nachträgliche Vergütung), bei Verwandten untergebracht war — sonst hätte sie ja verhungern müssen —, und weiter, weil nachgewiesen wurde, daß meine Frau mit einem Säugling und einem zweijährigen Kinde nicht arbeitsunfähig war! Jeder halbwegs denkende Mensch wird selbst ersehen können, daß von einer Verdienstmöglichkeit — wenn sie überhaupt erreichbar war — in diesem Falle nicht die Rede sein konnte, wenn die Kinder nicht schwer geschädigt werden sollten. Unsere Genossen im Parlament werden gewiß ebensens zur Abänderung des gegenwärtigen Gesetzes, das heute von jedem nach Belieben ausgelegt wird, energische Schritte unternehmen, damit wenigstens vorkriegsmäßige Verhältnisse eintreten.

**Die neue Ründigungsordnung.**

Gestern wurden in der Gescheßsammlung die Verordnungen vom 26. d. M. kundgemacht, durch welche die allgemeinen Ründigungs- und Ueberstießungsordnungen für Böhmen, Mähren, Schlesien und das Fultschiner Gebiet erlassen werden.

Die bezüglich der Verordnung für Böhmen bestimmt zunächst, daß sie nur soweit Geltung hat, als die Parteien nichts anderes vereinbart haben und daß diese Ordnung sich auf alle vermieteten unbeweglichen oder durch Befehl als unbeweglich erklärten Sachen — außer den zu landwirtschaftlichen Zwecken verpachteten Grundstücken — bezieht und nicht bloß für Wohnungsmieten, sondern auch für

Mieten von Werkstätten, Läden, Gewerbe- und Handelsräumen, Magazinen, Kellern, Ställen, Boden- und ähnlichen Räumen Gültigkeit hat.

Regelmäßige Ründigungsperioden sind: Das Jännerquartal: 1. Jänner—31. März; das Aprilquartal: 1. April—30. Juni; das Juliquartal: 1. Juli—30. September; und das Oktoberquartal: 1. Oktober—31. Dezember.

Auffündigungen der Mietverträge können gegeben werden: In der Zeit zwischen dem 1. bis einschließlich 14. Jänner; oder zwischen dem 1. bis einschließlich 14. April, oder zwischen dem 1. bis einschließlich 14. Oktober — und zwar vierteljährig, d. i. so, daß die Ründigkeit in der dem Ablauf der Ründigungsfrist unmittelbar folgenden Ueberstießungsfrist geräumt werde. Auffündigungen, die vor dem Beginn der Ründigungsfrist gegeben worden sind, dürfen aus diesem Grunde allein nicht abgemietet werden.

Beginn der Räumung. Die Mieträume sind so zu räumen und zu übergeben, daß dem neuen Mieter über sein Begehren bereits am 9. Jänner, 9. April, 9. Juli und 9. September um 12 Uhr mittags ein angemessener Platz zur Hinterlegung seiner Fahrnisse eingeräumt werden kann. Der Mieter von zwei bis drei Räumen hat dem neuen Mieter von da ab einen Raum, der Mieter von vier bis fünf Räumen zwei Räume und bei mehr als fünf Räumen die Hälfte der Räume zu überlassen. Bis zum 14. Jänner, resp. April, Juli oder Oktober 12 Uhr mittags muß die Räumung gänzlich vollzogen sein.

Monats- und Aftermieten usw. Bei Mieten unbeweglicher Sachen, für welche der Mietzins monatlich oder in noch kürzeren Fristen zu bezahlen ist (z. B. bei Aftermietverträgen), ist eine harmonische Aufkündigung zu erteilen, und zwar spätestens am 1. oder 16. Tage im Monat; diese Aufkündigung erlangt am 15. beziehungsweise letzten Tage im Monat Wirksamkeit.

Räumung bei Monatszimmern usw. In diesen letzteren Fällen muß die völlige Räumung der gemieteten unbeweglichen Sachen spätestens um 12 Uhr mittags jenes Tages beendet sein, der unmittelbar jenem Tage folgt, an welchem die Monats- (Aftermiet-)zeit endet.

Wenn der letzte Tag der Räumung auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag fällt, so wird die Räumungsfrist bis 12 Uhr des folgenden Wochentages verlängert. War das vermietete Objekt vorher geräumt, so ist es mit Ablauf der Mietzeit zu übergeben.

Besichtigungsrecht. Nach erteilter Aufkündigung oder Aufhebung des Mietvertrages durch das Gericht ist der Mieter bis zur Uebergabe verpflichtet, die Besichtigung des Objektes durch neue Mietstufjige an Wochentagen zwischen 10—12 Uhr mittags und 3—5 Uhr nachmittags zu gestatten, aber der Mietstufjige muß dabei vom Vermieter oder seinem Vertreter begleitet sein und der Mieter darf durch die Besichtigung nicht verunreinigt werden.

Wirksamkeit. Diese Aufkündigungs- und Ausziehungordnungen erlangt am 16. Dezember 1924 Wirksamkeit, womit die bisherigen Ordnungen ihre Geltung verlieren.

Uebergangsbestimmungen. Die nach dem 16. Dezember 1924 folgenden einvierteljährigen Aufkündigungen müßen schon nach der neuen Ordnung in den ersten 14 Tagen des Jänner 1925 mit Wirksamkeit vom 1. April 1925, Monatskündigungen am 1. Jänner 1925 mit Wirksamkeit vom 31. Jänner 1925, erteilt werden. Der nach der bisherigen Ordnung am 1. November 1924 fällige Quartalszins ist nur für zwei Monate zu entrichten. Am 1. Jänner 1925 ist jedann zum erstenmale der Quartalszins für das Kalenderquartal 1. Jänner bis 31. März 1925 zu entrichten. — Die Räumungsfristen nach dieser Ordnung gelten zum erstenmale für den Ausziehstermin, der auf den 1. April 1925 fällt.

Bürgerliche Kultur. Der Bankrott der bürgerlichen Kultur offenbart sich in erschütternder Weise in einem Inserat, das dieser Tage in einem Grazer Blatt zu lesen war:

**Elite-Kino**  
6 Aftenerhörter Spannung!  
Kurtisane von Benedig  
Rajaga Sonja  
und  
Die große Aktualität:  
Bergwerksglück von Mognis  
! Spannung!

Man bedenke: Nach sechs Aften „unerhörter Spannung“, die der Film über die „Kurtisane von Benedig“ bietet, wird der Opferort von dreißig Bergarbeitern gezeigt, der „aktuell“ genug ist, um gefilmt zu werden. Wahrlich, eine Kultur, die tote Vergleute nur aus dem Kino kennt und diese Opfer des Kapitalismus nicht mehr kennen will, wenn es an die Taschen geht, ist bis ins innerste Mark versaut und bankrott. Ihre restlose Befreiung wird für alle schaffenden Menschen eine Erlösung sein.

Unsere Toten. Montag nachmittag wurde in Saag Genosse Michael Hammer zu Grabe getragen, der eines plötzlichen Todes starb. Genosse Michael Hammer stand mehr als zwei Jahrzehnte im Dienste des sozialen Fürsorgewesens und erwarb sich nicht nur die Sympathien seiner Umgebung, sondern aller Menschen, mit denen er zu tun hatte. Er war ein treues Mitglied unserer Lokalorganisation in Saag. Ehre seinem Angebenken!

Das „Haus der Arbeit“ wurde in der Zeit vom 15. bis zum 22. ds. besucht: am 15. ds. von 406, am 16. ds. von 298, am 17. ds. von 142, am 18. ds. von 180, am 19. ds. von 210, am 20. ds. von 1511, am 21. ds. von 153 und am 22. ds. von 160, also insgesamt in der Zeit vom 15. bis 22. ds. von 3000 Personen.

Der Petersdorfer Raubmörder Redoma, der, wie gemeldet, aus dem Gefängnis in Lauscha entflohen ist, wurde nach einer Meldung der Polizei in Jützenau bei Weising, nahe der sächsisch-schlesischen Grenze, wieder festgenommen.

Vom elektrischen Strom getötet. Die in der elektrischen Abteilung der Witkowiager Bergwerke beschäftigte Arbeiterin Clovin berührte die Drähte eines Transformators mit 5000 Volt Spannung. Die Unglückliche verbrannte und konnte nurmehr als bis zur Unkenntlichkeit verkohlte Leiche geborgen werden. Sie hinterließ drei unversorgte Kinder.

Veronalvergiftung. Gestern vormittags fand man in seiner Karlsbader Wohnung den Direktor der Karlsbader Lackfabrik der Firma Fischer, Krassa N. Co., Alfred Roth, tot auf. Herbeigeholte Ärzte erklärten, daß der Tote eine zu große Quantität Veronal genommen hatte.

Drei Monate Kerker für Hasardspieler. Aus Troppau wird uns berichtet: Im Cafe „Jahn“ in Troppau sah sich die Polizei bisher des öfters veranlaßt gegen Hasardspieler einzuschreiten. Da die einheimischen Polizisten nun den Hasardspielern schon bekannt waren, wurden später fremde Geheimpolizisten herangezogen, um die Spieltische zu überwachen. Am 1. Juni d. J. kam ein Wachmann in Zivil in das Cafe und sein Begleiter machte ihn auf Stochspieler aufmerksam. Der Wachmann trat an die Spieler heran, legitimierte sich und beschlagnahmte das Geld. Der 28 Jahre alte Johann Pom p war darüber äußerst empört und schrie: „Das ist ein Gauner, ein Dieb, der kommt nur her, um das Geld zu stehlen.“ Der zweite Spieler, Karl Sklepel, fügte hinzu: „Das ist eine falsche Legitimation.“ Pom p wollte sich das Geld nicht nehmen lassen und wurde handgreiflich, worauf eine große Keilerei entstand, in deren Verlauf der Wachmann übel zugerichtet wurde. Später gelang es der Polizei, die beiden wiederholt vorbestraften Spieler zu verhaften. Diese hatten sich nun wegen öffentlicher Gewalttätigkeit vor Gericht zu verantworten. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte Sklepel arbeitsscheu ist, nur vom Kartenspiel lebt und sich von Frauen aushalten läßt. Beide Angeklagte erklärten volltrauen gewesen zu sein. Das Gericht machte kurzen Prozeß und verurteilte die Angeklagten zu je vier Monaten Kerker unbedingt.

Neue Kommunistenprozesse in Leipzig. Unter dem Vorsteher des Senatspräsidenten beim Reichsgericht Ritterer beginnen am 6. August vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig weitere Prozesse gegen Kommunisten. Im ganzen sind elf Personen angeklagt, von denen vier Reichswehr-Unteroffiziere, bzw. Soldaten waren. Die Reichswehrsoldaten haben Gewehre, Munition und Handgranaten gestohlen und sie der kommunistischen Partei Deutschlands gegen Entgelt überlassen. Die übrigen Personen sind wegen Hochverrats angeklagt.

Polnisch-tschechische Blödelien. Wie die Warschauer Blätter aus Moskau melden — und das tschechische Presbüro weiter zu melden sich beeilt — hat die Sowjetregierung der kommunistischen Internationale den gesamten Vorrat an Platin, und zwar 80 Pud, zum Zwecke der Unterstützung der Kommunisten im Ausland und Betreibung der Weltrevolution zur Verfügung gestellt. Der Platinvorrat repräsentiert einen Wert von über 30 Millionen Goldfranks.

Folgenschwere Gasrohrexplosion. Auf der Baustelle der Berliner Nord-Südbahn in der Fichte-straße an der Hafenseite brachten bei Schweißarbeiten umherfliegende Funken neugelegte Gasrohre zur Explosion. Das Straßenpflaster wurde aufgerissen und die Steine bis zu 20 Meter hoch emporgeschleudert. Die Fenster der umliegenden Häuser wurden durch den Aufdruck zertrümmert. Zwei an der Explo-

sionsstelle beschäftigte Arbeiter erlitten schwere Brandwunden.

Drei Personen durch Deckeneinsturz getötet. Wie die „Bosfische Zeitung“ meldet, wurden in einem großen Pariser Lebensmittelgeschäft auf dem Place de Richy Montag nachmittag bei einem Deckeneinsturz drei Personen getötet und zahlreiche, zum größten Teile einkaufende Frauen, verletzt.

Schneestürme in den Alpen. In Südbayern, Württemberg und Baden ist ein ungewöhnlich starker Wettersturz erfolgt. In den Alpen herrschen Schneestürme. Auf der Zugspitze ist bei Neuschnee sechs Grad Kälte. Auf dem Feldberg im Schwarzwald wurden fünf Grad Wärme gemessen. Es besteht Hochwassergefahr.

Schwerer Zugzusammenstoß in England. Auf dem Bahnhof in Haymarket stießen zwei Züge zusammen. Hierbei wurden vier Personen getötet und 29 verletzt.

Sao Paulo gefallen. Die brasilianischen Regierungstruppen nahmen bei der Einnahme Sao Paulos der Aufständischen gefangen. Den Führer der Aufständischen gelang es jedoch, zu entkommen. Die Regierungstruppen bombardierten mit schwerer Artillerie den Zentralbahnhof und zahlreiche Plätze, an denen die Aufständischen Widerstand leisteten. Diese waren gezwungen, sich zu ergeben. Die Regierungstruppen verfolgen die Aufständischen. Der Sieg der Regierungstruppen wird in zahlreichen Städten gefeiert.

Die Frau nach verbotlicher Ehe erzwungen. Sonntag früh ist in Simmering in Wien eine gräßliche Bluttat verübt worden. Der 55jährige Maurergehilfe Franz Plank hat seine 30jährige Gattin Anna förmlich abgeschlachtet. Plank war bis vor kurzem Witwer. Aus der ersten Ehe hatte er zwei Söhne, die 19 und 14 Jahre alt sind und bei ihm wohnen. Der Ältere zahlte wöchentlich 150.000 Kronen Kostgeld; das war dem Vater zu wenig und er wollte den Sohn aus dem Hause drängen, stieß aber dabei auf den Widerstand des Burshen. Darous entwickelte sich ein Streit und die beiden Söhne waren auf den Vater nicht gut zu sprechen. Vor einiger Zeit hat Plank seine zweite Frau kennengelernt. Nach kurzer Bekanntschaft schlug er ihr vor, zu heiraten. Trotz dem beträchtlichen Altersunterschiede willigte die Frau ein und vor vier Wochen war die Hochzeit. Plank qualte aber seine zweite Frau vom ersten Tage an mit seiner grundlosen Eifersucht. Plank, der seit langer Zeit ein Trinker ist, war gegen seine junge Gattin brutal und beschimpfte und bedrohte sie. Samstag war ihr Namenstag. Plank feierte ihn damit, daß er ins Wirtshaus ging und sich wieder einen Rausch antrank. Spät nachts kam er betrunken nach Hause. Er ging in das Zimmer und der Streit ging wieder los. Die wüsten Schimpftreden, die Plank führte, waren so laut, daß die Nachbarn die Nacht über kaum schlafen konnten. Dann ergriff er ein Küchenmesser und erschlug seine Frau.

Wetterbericht vom 29. Juli. Auch am Montag haben sich in der Nordhälfte Böhmens und dem ganzen Nordoststrand der Republik entlang die Schauer wiederholt, vielfach unter Gewittern. Ergiebige Regenmengen melden nur die Osthälfte des Staates (Epiš. Nova Ves 16, Mährod 14 Millimeter). Trotz der leichten Erwärmung, die bei Unterbindung der Westströmung eingetreten ist, sind die Wärmeverhältnisse in der Republik unter den normalen geblieben (Brag Tagesmittel 5 Grad Celsius unternormal). Die westliche Depression, deren Zentrum Dienstag früh bis nach Südböhmen gelangt ist, dürfte eine neuerliche Verschlechterung des Wetters herbeiführen. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, Neigung zu lokalen Schauern, etwas kühl.

Die Wiener Antikriegsdemonstration. Wir haben in Wien in letzter Zeit große Demonstrationen gesehen: Den gewaltigen Aufmarsch der Massen am 1. Mai, die imposante unvergeßliche Kundgebung anlässlich des Gewerkschaftskongresses, dennoch hat sich heute gezeigt, daß keine Abtumpfung eingetreten ist, keine Gleichgültigkeit platzgegriffen hat. Alle, alle sind sie gekommen, die Männer und die Frauen, die Jungen und die Alten, der Schloffer aus der Werkstätte, die Waschfrau vom Troge und der Gelehrte vom Schreibisch. Sie alle wollten den festen, den ernsten, heiligen Willen bekunden, der Menschheit den Frieden zu erhalten, sie alle wollten den Schwur leisten: nie wieder Krieg!

Es war kein fröhlicher Festzug, kein stotter Marsch von Arbeitermännern gespielt, kitzte wie sonst die weiten Wege, kein Trubel und Kampflied aus jungen Kehlen strömte die Kräfte auf. Schwer lastete die Erinnerung auf den Menschen, die da zum roten Rathaus zogen, zu zeigen und zu sagen, daß Habsburgs Regiment für immer zu Ende sei. Auf allen Bannern stand es zu lesen: Nie wieder Krieg, nie wieder Habsburg! Bilder, die die Schrecknisse des Weltkrieges schilderten, wurden auf hohen Stangen getragen, ein Angeheuer, des alles zermalmt, machte großen Eindruck. Noch größeren allerdings die zahllosen Lebensmittelfarten aus der Hungerzeit, mit denen manche Bezirksorganisation ihre Banner eingerahmt hatte. Beim Anblick der Karten für Brot, Mehl, Zucker, Fett, Fleisch, Kaffee, Seife erwachte in so mancher Hausfrau die Erinnerung an die bittere Zeit der Demütigung und Ent-

# Kleine Chronik.

## Die Spinne als Künstlerin.

Schon der Name „Spinne“ wirkt auf zarte Seelen erschauernd. „Etelhafte Geschöpfe“ ist noch das zarteste Attribut, mit dem sie allenthalben apostrophiert werden. Nun, ich will mich wahrhaftig nicht als ihr Anwalt hervor tun; aber verdienen sie wirklich die ängstliche Scheu und den würgenden Ekel, den man ihnen in so reichem Maße entgegenbringt? Scheint daran nicht eher die gar nicht geringe Naturfremdheit unserer Zeit schuld zu sein, die so gerne all das Krabbelnde Kleingetier was da krecht und flucht, ohne viel Federlesens einfach als häßlich und ekelhaft qualifiziert? Dabei will ich gar nicht die heikle Frage aufwerfen, ob ein Mensch, der seiner weiten, einzigen und wirklichen Heimat Natur gegenüber kein Fremdling sein will, überhaupt vor den zahllosen Organismen der großen Bühne des Lebens Scheu und Ekel empfinden kann und darf.

Der Biologe ist ein im landläufigen Sinne höchst unmoderner Mensch. Die beiden quälenden Wörter „Wie“ und „Warum“, die der Sprachschay des Alltags gerne über Bord wirft, lassen ihn bei seinen Studien nicht zur Ruhe kommen, sind ihm für seine Arbeiten Weg und Ziel. Auf die Gefahr hin, belächelt zu werden, will ich verraten, daß ich in manch einer freien Stunde einen Vertreter des so zu unrecht verhassten Spinnengeschlechtes gehegt und beobachtet habe und in gar vielen Fällen die staunenerregende Kunstfertigkeit ihres Reghbaues bewundern lernte. Man muß nur einmal dabei gewesen sein, wenn beispielsweise unsere Kreuzspinne in emsiger Arbeit ihr prächtiges Radnetz vor den Augen des Beobachters baut, und ich garantiere, daß durch diesen Anschauungsunterricht manches Vorurteil gründlich zerstört wird. Durch ganz wunderbare Reghbaue zeichnen sich manche amerikanischen Spinnen aus. Ein Radnetz, ähnlich dem Kreuzspinnennetz, wird zuerst zwischen Baumzweigen waagrecht ausgebreitet und durch stroffgezogene dicke Fäden so verankert, daß es eine schöngeshwungene Kuppelform gewinnt. Unterhalb der Kuppel befindet sich noch eine seidene Decke, die der Keinen Künstlerin als Ruheaufenthalt zu dienen scheint, während über der Kuppel die kugelförmigen Eikotons befestigt sind.

Zwischen Steinen und Ripen alten Mauernwerks kann man nicht selten die Hallen mancher Röhrenspinnen feststellen. Diese Keinen Eisenbahntunnels bestehen aus dichtgewobenen Röhren, die oft eine Länge von mehreren Zentimetern aufweisen und sich waagrecht in den Mauerritzen hinein erstrecken. Gewöhnlich lauert die Spinne am Eingang ziemlich versteckt, und wehe dem Insekt, das den Tunnel als Unterschlupf benützen will!

Das Spinnengeschlecht hat aber auch unterirdische Bewohner zu Wasser und zu Lande aufzuweisen. So wählen beispielsweise manche Winterkriecher einen meist schief in den Erdboden eindringenden Gang, den sie oft mit einem dichten, filzartigen Gewebe auskleiden.

Unstreitig eine der markantesten Typen unter der Künstlergilde des Spinnengeschlechtes ist aber die Wasser Spinne, der wir häufig genug in unseren Wassergräben begegnen können und die eine menschliche Erfindung vorweggenommen hat. Die Taucherglocke besitzt nämlich im Reiz der Wasser Spinne ihr natürliches Gegenstück. Reizball ist es, ihr bei ihrer Vortätigkeit zuzusehen. In der Nähe des Grundes zwischen den Wasserpflanzen wird das glockenförmige Netz hergestellt und gut verankert. Nach der mühsamen Vollendung des dichtgewobenen Netzes, besser gesagt Reizes, das mehrere Stunden in Anspruch nimmt, wird es von der Spinne mit Luft gefüllt. Sie rubet an die Wasseroberfläche, hebt ein wenig den Hinterleib aus dem Wasser, und durch die zahlreichen Haare, die den Hinterleib der Spinne wie ein dichter Pelz bedecken, ist es ihr nun beim Untertauchen möglich, daß sie eine Luftschicht festhalten kann. Mit dieser, im Wasser

— ihr Jüngstes ist heute just zwölf Tage alt worden. „Aber heut hab i net dahem bleiben können“ sagt sie „heut net“. Ungewöhnlich groß ist die Zahl der Frauen im Zug. Man hat die Mütter nicht umsonst gerufen.

Unter den Arkaden des Rathauses sind die Kriegskriecher postiert, die Kriegswaisen und Kriegswitwen, sie die am furchtbaren gelitten unter dem Wahnsinn und Verbrechen des Weltkrieges. Grühend senken sich die Fahnen vor ihnen — das Proletariat ehrt seine Helden.

Der weite herrliche Platz vor dem Rathaus ist dicht besetzt. Von erhöhten Standplätzen sprechen die Redner und jedes ihrer Worte fällt wie Hammer Schlag. Sie sprechen ja von dem, was wir alle erlebt, sie sprechen von den Greueln des Weltkrieges, von den Leiden der Front und dem Jammer des Hinterlandes und als der eine sagt: „che wir uns wieder hinaustreiben lassen zum Brudermord, eher wollen wir auf den Stroßen Wiens fallen im Kampfe mit der Revolution“, da findet das Rufen, das Winken, das Jubeln schier kein Ende.

Dann braust das Lied der Arbeit über den Platz, der einzige Sang, der heute erschallt. Und jeder von den Tausenden und Abertausenden, der da mit singt, ist ein Kämpfer gegen den Krieg, ist ein harter, ein unverjöhlicher Feind von Muddertum, von Untertanenseligkeit, ein unverjöhlicher Feind der Reaktion.

Harte Kämpfe, bittere Entbehrungen liegen vor uns. Aber wir sind einig. Geschlossen steht das arbeitende Volk von Wien hinter seiner Führern. Ein Wille befehlt die Massen, die ihrem Haß gegen die fluchbeladene Dynastie, so machtvol! Ausdruck verleihen, ein Wille lebt in all den Tausenden, die sich zur Kundgebung eingefunden: nie wieder Krieg!

Clara M a u t e z, Wien.

glühenden, kostbaren Luftblase, die ihr den Beinamen „die Silberumspinnene“ eingetragen hat, taucht sie wieder unter und, an der Pforte ihrer Behausung angelangt, wird die mitgebrachte Luft in die Glockenöffnung abgegeben. So fährt die Spinne fort, bis der leuchtende Kristallpols mit Luft angefüllt ist. In ihm lebt nun die lächne Baumeisterin und lauert auf Beute. Aber nicht nur als Aufenthaltsort wird die lustige Wohnung inmitten des Wassers bemitt, sondern auch als Nahrungsspeicher für lange Zeiten, ja sie dient sogar als Wiege und Kinderstube für die zahlreiche Nachkommenschaft der kunstfertigen Glockentauherin.

Weltkongress der Regier in New York. In der New Yorker Liberty Hall beginnt am 1. August der Weltkongress der Regier, zu dem die Vertreter der in der Welt lebenden 400 Millionen Regier erscheinen werden, um die Gleichberechtigung mit den Weichen zu verlangen. Die im Verlaufe des Kongresses zu erörternden Programmpunkte sind u. a. die Aufstellung eines besonderen afrikanischen Regierstaates, die Organisation von religiösen und politischen Regiergeln, die Tätigkeit der „weichen“ Politik und des Str-Kruz-Klan, die völlige Befreiung der ehemaligen deutschen Kolonien und die Aufnahme von Regierbelegierten in den Völkerbund.

# Volkswirtschaft.

## Generalstreik der polnischen Bergarbeiter.

Die Verhandlungen zwischen den Industriellen und der Arbeiterschaft in der Hüttenindustrie Polens haben zu keinem Ergebnis geführt, weshalb alle Arbeitergewerkschaften sowie Arbeiterorganisationen in der Hüttenindustrie und im Bergbau heute beschloffen haben, den Generalstreik in der Schwerindustrie zu proklamieren. Der Generalstreik beginnt morgen, Mittwoch, um 6 Uhr früh. Die Kohlearbeiten sollen weiter besorgt werden.

## Der Kampf der Holzarbeiter Nordböhmens um den Tarifvertrag.

Seit sieben Wochen stehen die Tischler Reichenberg im Streik, der mit der zunehmenden Dauer immer schärfere Formen annimmt. Die Unternehmer haben sich zuerst vorgenommen, keine weiteren Zugeländnisse den Gehilfen zu machen, dauere der Kampf solange er wolle. Die Faltung der Gehilfenschaft ist eine einmütige wie zu Streikbeginn, kein einziger Fall ist bis jetzt zu verzeichnen, daß seinen Kollegen Streikende in den Rücken gefallen und zum Streikbrecher geworden wären. Die Unternehmer trachten jetzt mit Hilfe der vom Bund der Deutschen unterhaltenen Arbeitsvermittlungstellen Arbeitswillige aus entfernten Orten heranzuziehen. Der Erfolg ist jedoch bis heute ausgeblieben. Außer drei Elementen aus der Umgebung hat sich noch kein Holzarbeiter als Streikbrecher antworten lassen. Das deutshationale Beginnen steigert zwar die Kampflage, es wird den Streikbrechern sogar Polizei beigelegt, die auf die Streikposten losgelassen werden. Die Angestellten der Großbetriebe müssen dazu herhalten, Arbeiten zu verrichten, die sie vor dem Streike durch Gehilfen haben verrichten lassen, ohne indes dadurch den Kampf irgendwie beeinträchtigen zu können. Jeder überzeugte Holzarbeiter bekunde den Streikenden vollste Solidarität und meide Reichenberg und Umgebung.

In Rumburg ist im Verhandlungswege mit der Genossenschaft ein Vertrag abgeschlossen worden, durch welchen den Tischlern ein Urlaubsanspruch eingeräumt worden ist. Nach ein bis dreijähriger Beschäftigungsdauer werden erbnialig Urlaube von zwei, vier und sechs Tagen gewährt. Der Stundenlohn bleibt bis 1. März 1925 unverändert. Im neuen Vertrag haben die Tischler zwar nicht alle ihre Forderungen erreicht, doch es besteht wieder ein geregeltes Vertragsverhältnis, das für Rumburg bisher eben nur deshalb nicht zu erlangen möglich war, weil die zentralen Verhandlungen für den Gewerkschaft Nordböhmens zu keinem Abschluß kommen konnten.

Somit ist auch hier ein Hindernis mehr auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung beseitigt worden. Ein wichtiger Umstand, der die Bewegung in Rumburg begünstigt hat, sei hier angeführt: die Geschlossenheit der Tischler Rumburgs in einem freigewerkschaftlichen unabhängigen Verband.

Auch in Schludena u wurde, allerdings nur für einen Teil, und zwar nur für organisierte Holzarbeiter, im Verhandlungswege ein befriedigendes Ergebnis erzielt. Der abgeschlossene Vertrag läuft bis Dezember 1925, der Lohnanteil bleibt in seiner bisherigen Höhe bis Dezember 1924 aufrecht. Der Urlaub wird von vier bis zu sechs Tagen gewährt. Auch hier haben also die Holzarbeiter durch die Organisation einen schönen Erfolg erzielt, den auf den nichtorganisierten Teil der Holzarbeiter seinen Eindruck nicht verfehlen wird. Wägen aus diesem Erfolg die Indifferenten im eigenen Interesse die entsprechende Anwendung ziehen!

Reichenberg ist für Tischler, Maschinennarbeiter, Klaviermacher, Polsterer und Tapezierer bis auf Widerruf streng gesperrt!

### Zwei deutsche Ausbeuterseelen.

Am 19. Mai 1924 schloß der deutsche Bauarbeiterverband (Zig Reichenberg) mit dem Arbeitgeberverband der Baumeister in Olmütz einen Lohnvertrag ab, der auch für Stadt Liebau Gültigkeit hatte und folgende Stundenlöhne festlegte: Maurer und Zimmerer zwei Kronen im ersten Gehilfenjahre, 2,20 Kronen im zweiten, ferner für alle übrigen Maurer und Zimmerer 2,50 Kronen, für Botenarbeiter (pro Achtstundentag) 24 Kronen, für Hilfsarbeiter pro Stunde 1,70—1,95 Kronen und für Arbeiterinnen 1,70 Kronen. Diese Löhne — so empörend niedrig sie auch sind — wurden trotz Vertragsabchlusses von den Baumeistern Ferdinand Bahner und Johann Polzer beharrlich abgelehnt. Auf ihren Vorstellungen sind Stundenlöhne, die um 70 Heller geringer sind als die vertragmäßigen, keine Seltenheit. Unter diesen Umständen kann man sich leicht vorstellen, wie hoch der Gewinn ist, den die Unternehmer aus der Ausbeutung ihrer Leibeigenen ziehen. Beide Baumeister sind nicht Mitglieder des Arbeitgeberverbandes und ihr Standpunkt ist, daß sie niemand verpflichten könne, auch nur halbwegs menschenwürdige Löhne zu zahlen. Die Bauarbeitergewerkschaft sah daher gezwungen, die beiden Ausbeuter im Klageweg zur Reize zu bringen. Die Verhandlung beim Lohnschiedsgericht in Brünn fand am 23. Juli statt und endete natürlich mit der Vertreibung der beiden Arbeiterschänder, die zur Einhaltung des Vertrages ab 21. Juli verpflichtet wurden. Nicht gerade angenehme Erfahrungen machte Herr Bahner bei der Verhandlung, der wiederholt die Zurechnungswenigen des Gerichtes für sein ungebührliches Benehmen einreden mußte. Vermerkt zu werden verdient noch, daß Baumeister Bahner mit Respekt zu sagen eine deutschnationalen Korruption in Stadt Liebau ist. In seiner Eigenschaft als vielfacher deutschnationaler Funktionär reißt er im Nebenberuf unausgesetzt die deutsche Nation, in dem gleichen Bestreben, alle Widersacher des Deutschtums zu vernichten. Allerdings geht diese Betätigung nur so weit, als der eigene Geldsack dabei profitiert. Ansonsten finden wir diesen teutschen Häuptling Schulter an Schulter mit den Tschechen, wenn es gilt, Beute zu machen. Da ein deutscher Arbeitgeber das Hochverbrechen bekanntlich nicht leiden mag, aber die tschechischen Arbeiter ebenso gern ausbeutet wie die deutschen, verschmäht Herr Bahner nicht auf Importe tschechischer Arbeiter. So sehen wir, daß der ganze ausgeblähte Nationalismus der deutschnationalen Unternehmer nur auf skrupellosen Ausbeutung der Arbeiterschaft gegründet ist.

### Internationaler Friseurgehilfenkongress.

Der vierte Kongress, der in der Union der Friseurgehilfen vereinigten Organisationen der Arbeitnehmer im Friseurgewerbe, tagte vom 21. bis 23. Juli 1924 in der Arbeiterkammer in Wien. Während der letzten Periode hat die Organisation der Friseurgehilfen einen beträchtlichen Rückschlag erlitten, der sich auch bei der Beschickung des Kongresses geltend machte. Auch die Berichte der nicht vertretenen Verbände erkennen, daß der Tiefpunkt der Krise überschritten ist und die Bewegung wieder einen Aufschwung nimmt. Der kommunistischen Agitation ist es nur in Norwegen und Frankreich gelungen, Fuß zu fassen. Der Ausschluß der kommunistischen Organisation in Frankreich machte sich um so mehr notwendig, als inzwischen sich eine neue, auf dem Boden der Antifaschistischen Richtung stehende Organisation gebildet hat und der Union beigetreten ist. Die Konzentrationsbewegung der Gewerkschaften bringt es mit sich, daß die Friseurgehilfen den verschiedensten Organisationen, Gemeindearbeitern, Handlungsgewerkschaften, Bekleidungsarbeitern und anderen Industrieverbänden angeschlossen werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese mehr zufälligen als systematischen Angliederungen nicht geeignet sind, die Friseurgehilfen organisatorisch besser zu erfassen. Der Kongress brachte daher zum Ausdruck, daß auf absehbare Zeit die berufliche Form der Organisation für die Friseurgehilfen am zweckmäßigsten ist.

Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Friseure, den Genosse Schubert-Wien erstattete, zeigte, daß mit der Schwächung der Organisationen sich auch die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechterten. Die Resolution zu diesem Punkte der Tagesordnung verweist auf die Durchführung der Programmforderungen der Union, insbesondere die des Achtstundentages und der Sonntagsruhe. Das Referat des Vorsitzenden der Union, Genossen Eptorn-Berlin, über die hygienischen Verhältnisse im Friseurgewerbe, beansprucht insbesondere das öffentliche Interesse. Die Forderungen der Friseurgehilfen-Union auf diesem Gebiete betreffen in erster Linie den Schutz des Publikums, das den Friseuren anvertraut, weiter aber auch die erforderlichen Rücksichten auf die Gesundheit der Arbeitnehmer des Gewerbes. Da die früheren fortlaufenden Erhebungen über die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Friseure seit dem Kriege unterbrochen wurden, das frühere Material jedoch veraltet ist, wurde den Organisationen zur Pflicht gemacht, das verfügbare statistische Material der Krankenkassen der Union möglichst alljährlich zur Verfügung zu stellen. Für die Anlage und die Ausübung des Friseurgewerbes sollen gesetzliche Bestimmungen getroffen werden und die Belohnung über die Friseurstudien-Hygiene bereits während der Lehrzeit durch Spezialärzte erfolgen. Ein Bericht über das Lehrlingswesen des Genossen Christensen-Kopenhagen, wurde zu Protokoll gegeben und die Forderungen der Union zur gesetzlichen Neuordnung des Lehrlingswesens, die eine Mitbestimmung der Gehilfenorganisationen und der Lehrlingseltern vorsehen, erneut betont.

Die Zahl der Lehrlinge soll auf das notwendige Maß beschränkt, die Ausbildung jedoch wie auch die Entschädigung für die Lehrlinge wesentlich verbessert werden.

Die Entscheidung über die Erhöhung des Beitrag zur Union von zwanzig Prozent auf vierzig Prozent des Wochenbeitrags der Verbände als Jahresbeitrag, wurde den Verbandsvorständen überwiesen.

Der Vorstand der Union wurde wiedergewählt und Paris als nächster Kongressort bestimmt.

**Die Kohlenförderung und Kohlenausfuhr im ersten Halbjahr 1924.** Die Kohlenförderung im ersten Halbjahr ist viel größer, als im vorigen Jahre, obwohl im Juni d. J. gegenüber Mai ein starker Rückgang zu verzeichnen war. Auch die Kohlenausfuhr ist im ersten Halbjahr 1924 gestiegen, während die Ausfuhr einen Rückgang erfahren hat. Der Rückgang der Kohlenausfuhr ist in erster Linie auf die in den Nachbarstaaten herrschende Wirtschaftskrise, die Betriebseinschränkungen oder Stilllegungen zur Folge hat, und in zweiter Linie auf die bedeutende Verbilligung der reichsdeutschen Braun- und Steinkohle zurückzuführen. Die Förderung im ersten Halbjahr 1924 betrug in Tonnen: an Steinkohle 7.503.000 (gegen 5.920.000 Tonnen im gleichen Zeitraum 1923), Braunkohle 10.346.700 (8.720.000), Koks 1.250.000 (850.000), Briketts 123.000 (147.000). Alle Kohlenarten mit Ausnahme von Briketts weisen somit eine namhafte Förderungssteigerung auf, die bei Koks perzentuell die höchste ist. Angeführt wurden im ersten Halbjahr 1924 (in Tonnen): Steinkohle 950.000 (gegen 1.050.000 Tonnen im gleichen Zeitraum 1923), Braunkohle 1.500.000 (1.300.000), Koks 275.000 (365.000), Briketts 74.000 (104.000). Nur Braunkohle kann eine Erhöhung der Ausfuhrmenge aufweisen, während die übrigen Sorten einen wenn auch kleinen Ausfuhrückgang erfahren haben. Der Rückgang ist auf die gute Beschäftigung der inländischen Industrie zurückzuführen, wodurch eine Erhöhung des inländischen Kohlenverbrauches zu verzeichnen war. Eingeführt wurden im ersten Halbjahr 1924 (in Tonnen): Steinkohle 300.000 (gegen 240.000 Tonnen im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres), Braunkohle 4500 (3800), Koks 45.000 (41.600). Eine Wendung in der Kohlenförderung und der Kohlenausfuhr ist im Juni zu verzeichnen. Sowohl die Kohlenförderung als auch die Kohlenausfuhr sind in diesem Monat stark zurückgegangen und werden im Juli wahrscheinlich noch eine weitere Verminderung erfahren haben. Gefördert wurden im Juni (in Tonnen): Steinkohle 962.500 (gegen 1.182.572 im Mai), Braunkohle 1.356.400 (1.568.152), Koks 178.600 (—27.000), Briketts 14.000 (—1700). Ausgeführt wurden (in Tonnen): Steinkohle 121.700 (gegen 169.700 im Mai), Braunkohle 211.000 (286.000), Koks 40.000 (51.000), Briketts 12.000 (18.500). Eingeführt wurden (in Tonnen): Steinkohle 58.000 (56.000 im Mai), Braunkohle 800, Koks 8600 (11.600).

**Die Wiener Metallarbeiterbewegung.** Die in der Eisgießerei und im Stahlwerke Waagner u. Biro-Kurz A. G. in Stadlau entstandenen Differenzen, die zur Entlassung sämtlicher Arbeiter und zur Schließung der beiden Werke geführt haben, sind durch Vereinbarungen mit dem Metallarbeiterverband beseitigt worden. Die Firma erklärt sich bereit, die Belegschaft wieder aufzunehmen, nachdem seitens des Metallarbeiterverbandes Zusicherungen für Disziplin und Ruhe im Betriebe gegeben worden waren. Der Betrieb wird am 31. ds. wieder eröffnet.

### Literatur.

**Die Freie Gemeinde,** Organ für sozialdemokratische Kommunalpolitik, Verwaltung: Prag II, Pavlíkovo nam. 32/II, Redaktion: Kuffka, Dr. Wölschnerstraße 2. Die Nummer 15 vom 2. Juli bringt Beiträge vom Ministerialrat Dr. Freund (Dresden) über „Die Wirkung des Sachverständigenratens auf die deutsche Gemeindepolitik“; Rud. Müller „Kommunale Betriebsführung“; Stadtpflicht Dr.



**Insertieren bringt Erfolg!**

Leodor Gruschka (Kuffka) „Der Wohlfahrts-scheid“; Dr. R. S. „Darstellung der Gemeindefunktionäre gegen Dritte“ und einen Aufsatz über „Die Bildung von Erneuerungsfonden nach dem Gemeindefunktionsgesetz“. Die Rubrik Rundschau bringt einige für unsere Gemeindefunktionäre wertvolle Mitteilungen über: Kommunistische Kommunalpolitik, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, sowie Berichte aus den Gemeinden. Der Bezugspreis der „Freien Gemeinde“ beträgt vierteljährlich 4,50 K. Jeder Gemeindefunktionär muß Abnehmer der „Freien Gemeinde“ sein.

### „Haus der Arbeit“ Ausstellung Kuffig 1924

Genossen und Genossinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellte aller Berufe!

Besucht eure Sonderausstellung im „Haus der Arbeit“, die in künstlerischen Bildtafeln, in Photos, Dokumenten, Zeitungen, historischen Briefen usw. Leben, Arbeit, Leid, Kampf und Aufstieg des Arbeiters und Angestellten vor Augen führt.

Ausstellungseintrittskarten zu 7,20 K einschließlich freiem Eintritt in das „Haus der Arbeit“ bei allen Organisationen und in den Konsumvereinen erhältlich.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

**Das Beste für Ihre Augen** liefert **Optiker Deutsch, Prag.** Graben 21, Kl. Bazar. 1382

### Aus der Internationale.

#### Protest gegen die Verhaftung Pablo Iglesias.

Das Bureau der S. A. J. hat mit Entrüstung von der Verhaftung des großen Vorkämpfers des spanischen Proletariats, Pablo Iglesias, durch die spanische Militärdiktatur erfahren. Im Namen der organisierten Arbeiter aller Länder erhebt es lauten Protest gegen diese neue Untat der spanischen Reaktion und versichert die spanischen Arbeiter neuerlich der Solidarität des internationalen Proletariats in ihrem schweren Kampfe.

#### Die Feier des sechzigsten Jahrestages der Gründung der Internationale.

In Durchführung der von der Exekutive der S. A. J. gemeinsam mit dem Vorstand des F. G. S. gefassten Resolution (vergl. Bulletin Nr. 3, S. 4) hat die Geschäftskommission der S. A. J. im Einvernehmen mit der englischen Sektion folgende Beschlüsse über die Sechzigjahrfeier der Internationalen gefasst, die vom Bureau der S. A. J. in seiner Sitzung vom 14. Juli gut geheißenen wurden. Die Feier findet in den einzelnen Ländern in der dem 28. September vorangehenden Woche statt. Dort wo es zweckmäßig ist, soll die Feier am Sonntag, den 21. September, in Verbindung mit der vom F. G. S. veranstalteten internationalen Antikriegskundgebung stattfinden.

In London wird die Feier am Sonntag, den 28. September, begangen. An diesem Tag tritt vormittags die Exekutive der S. A. J. zu einer Sitzung zusammen, nachmittags besucht sie das Grab Karl Marx. Abends findet eine internationale Massenkundgebung statt, in der Vertreter der Exekutive und Mitglieder der Ersten Internationalen, die von der Exekutive eingeladen werden, sprechen werden.

### Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.** Alle nicht lagernden oder wo immer angefündigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Ein **Wanderbuch** für das Böhmen- und Erzgebirge, Schottisch-Böhmische Gebiete, Böhmen, Ober- u. Nieder-Oberbayern, Waldenburger- und Saazergebirge, Wäldergebirge, Ostböhmen. Mit vielen Wanderkarten in Leinwand gebunden. Preis, wenn mit Stempel auf diese Anzeige bestellt wird, nur 7 Krone (Porto 50 Heller). Bücherpreisliste kostenlos. **Volksbuchhandlung Kemler & Co., Leptsch-Schönan, Hauptstraße 13-14.**

### Turnen und Sport.

#### Die Bundesstaffette am 3. August.

Der Arb.-Turn- und Sportverband wendet sich an die organisierte Arbeiterschaft mit folgendem Aufruf:

Werde Genossinnen und Genossen! Am 3. August wird der letzte Lauf der Bundesstaffette in Karlsbad stattfinden, eine Stafette von Reichenberg bis Karlsbad wird durchgeführt werden. Ueber 2500 Läufer werden von Reichenberg bis Karlsbad aufgestellt sein und jeder Läufer wird 100 Meter laufen.

Es ist ein großes Werk, das sich der Arb.-Turn- und Sportverband zum Ziele gesetzt hat. Wir ersuchen daher die Genossen in allen Orten, die die Stafette durchläuft, diese Straßen freizuhalten und Ordnungsdienste zu übernehmen, damit die ganze Strecke zur Zeit der Ankunft frei ist.

Die beiläufigen Zeiten der Ankunft in den betreffenden Orten sind ersichtlich in der Aufstellung der Bundesstaffette in der heutigen Folge dieses Blattes.

#### An die Kreis-, Bezirks- und Vereinsturnwarten des 4., 5. und 6. Kreises!

Die Bundesstaffette am 3. August geht um 6 Uhr früh von Reichenberg ab und trifft beiläufig am folgenden Tag ein: in Weiskirchen 6,30, Döbel 7,00, Posthum 7,10, Jedlitz 7,15, Reuland 7,23, Niemes 7,30, Reichstadt 7,42, S.-Leipa 8,00, Strausnitz 8,07, Bensen 8,30, Bodenbach 9,00, Königsdorf 9,30, Kuffig 10,00, Karbitz-Prichsen 10,30, Marschen, Mariaschein, Sobort, Turn, Leptsch-Schönan 10,45, Sennitz, Kaiserhöhe 11,00, Darg Schloß 11,15, Franz-Schacht, Langguth 11,30, Bütz 11,35, Uthausch Trichitz 11,45, Seckstadt-Görkau 12,00, Komotau-Raden 12,30, Tschirnitz 12,35, von hier übernimmt der 6. Kreis die Stafette bis Karlsbad-Festplatz.

Sämtliche Läufer haben eine Stunde vorher auf ihren Platz gestellt zu sein, da die Strecke von jedem Bezirk durch Radfahrer und Motorfahrer kontrolliert wird.

Außerdem wird ein Auto eine Stunde vorher die ganze Strecke von Reichenberg bis Karlsbad kontrollieren. Seit daher alle pünktlich am Platz! Jeder Bezirk stellt einen Mann, der die Läuferaufstellung im Bezirke kennt, zur Uebernahmestelle der Stafette, welcher im Auto bis zur Uebergabestelle mitfährt.

Die Stafette findet bei jeder Witterung statt und haben sich die Läufer darnach einzurichten.

Die Leitung der Stafette hat Bundesstaffelleiter Runtsch und Kreisturnwart Hubecel übernommen.

Alle Vereinsmitglieder, die als Läufer nicht in Betracht kommen, haben Ordnungsdienste zu übernehmen.

Turngenossen! Seit alle pünktlich am Platz, damit das große Werk gelingt!

Runtsch, Hubecel, Frei Heil!

**Falkenauer FA. 1a gegen NSR. Eger 1a 4:1 (Serienpiel).** Eger war wie immer eine sehr saire, spielstrenge Mannschaft, deren Hauptstütze der Lormann ist. — Falkenauer FA. Ref. gegen NSR. Eger Ref. 4:2. Die Egerer Referees hatten seit dem letzten Spiele viel Verstärkung erhalten und traten daher sehr fiesigbewußt an. Im Spiele selbst konnten sie jedoch gegen die Falkenauer Dintermannschaft — in der sich besonders der Lormann Hammerl mit seinen Bertelbigern Schmied-Gabriel auszeichnete — nicht ankommen.

**„Sportriege“ des Arbeiter-Turnvereines Reuland-Klassfabrik gegen Reuland FA 0:2 (Serienpiel).** Beide Mannschaften lieferten ein schönes, saires Spiel. FA vergab zwei Elfmeter (Hand).

Berausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak, Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riegnel, Druck: Deutsche Zeitungs-AG, Prag, Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

